

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummern: Für Inserate Nr. 6288, für die Redaktion Nr. 6287, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6285. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Vom 1. bis 15. August, 1,00 Mark, Abolter 0,80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareillezeile beträgt 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinskalender 30 Pfennig, die dreigealtene 90 Millimeter breite Nonpareillezeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Ein Postmarkat = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der spätere Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 3 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Druckvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 186.

Magdeburg, Mittwoch den 12. August 1925.

36. Jahrgang

Gewalt herrscht im Reichstag.

Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Das unerhört provokatorische Benehmen des deutschen Vizepräsidenten Graef hat am Montag wieder im Reichstag zu Szenen geführt, die alles, was seither dort festgesetzt werden konnte, in den Schatten stellen muß. Die Redaktionen der letzten Tage wurden weit übertraffen. Der deutsche Vizepräsident Graef beorderte Polizeiaufreiter in den Reichstag, die kommunistische Abgeordnete entfernen mußten. Welche wüsten Szenen sich dabei abspielten, ist im Sitzungsbericht nachzulesen.

Die Vorgänge haben natürlich große Erregung geschaffen. Fest steht, daß unter Leitung eines ziellosen und sich seiner Verantwortung bewußten Präsidenten solche unwürdigen Szenen nicht entstehen konnten. Der Vizepräsident Graef hat in seiner ganzen Art absolut erkennen lassen, daß es ihm darauf angekommen ist, an dem Konflikt zu profitieren. Er ist vielleicht durch sein Benehmen den Kommunisten entgegengekommen. Deren Gebaren, auch das muß wiederholt und immer wieder unterstrichen werden, trägt nicht dazu bei, Achtung vor dem deutschen Reichstag und Achtung vor der deutschen Volksvertretung zu erhalten. Außerdem schädigt es die Interessen der Arbeiterschaft absolut.

Aber selbst durch das nicht zu beschönigende Benehmen der Kommunisten ist das Vorgehen der Mehrheit des Reichstags nicht gerechtfertigt, die ihren brutalen Nachwillen rücksichtslos auswirken läßt und dabei pfeift auf parlamentarische Grundsätze, ja nicht einmal davor zurückschreckt, die Geschäftsordnung des Reichstags umzudeuten.

Um solche nackte Diktatur vor dem Lande ins rechte Licht zu setzen, tat die Sozialdemokratie das wirksamste, was sie tun konnte — sie verließ geschloffen den Saal. Da auch die Kommunisten die Sitzung verließen, blieb nur ein Kumpfparlament übrig. Zur Begründung ihres Verhaltens gaben die Sozialdemokraten durch den Abgeordneten Wels die folgende Erklärung ab:

Wir Sozialdemokraten haben ein starkes Gefühl für die Würde des Parlaments. Während der letzten Wochen hat die Partei das wiederholt ausgesprochen und sie hat sich mit Hingebung aller Kräfte der vielen Aufgaben unterzogen, die dem Parlamente in der letzten Zeit gestellt waren. Ernste und sachliche Arbeit ist von uns bisher unter den schwierigsten Verhältnissen und sogar unter der Verhöhnung der Rechtsparteien geleistet worden. Uns ist Demokratie etwas Heiliges. Hier findet jetzt eine Entwürdigung der Demokratie statt. Was hier verfolgt wird, ist keine ernsthafte Beratung, das ist das Wirken einer kumpfparlamentarischen Maschinenspolitik. Hier herrscht rücksichtsloser Machtwille, der darauf hinausgeht, die Leiden des Weltkriegs auf die Schultern der breiten Volksmassen abzuwälzen, die schon die schwere Not des Krieges und der Inflation zu tragen gehabt haben.

Man müte uns zu, diese Gesetzesvorlage, die so tief in die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes eingreift, in wenigen Tagen zu verabschieden, nur weil das Haus angeblich nicht länger zusammenzuhalten ist. Für uns ist das kein ausreichender Grund, die Pflicht des Parlaments, sorgfältige Arbeit zu leisten, außer acht zu lassen; um so mehr halten wir an unserem Standpunkt fest, als die Annahme des Zollgesetzes von Ihnen (nach rechts) selbst als ein Schritt ins Ungewisse bezeichnet wird. Angesichts Ihrer gewaltigen Pläne können wir jetzt nur erklären, daß Sie (nach rechts) vor aller Welt die Verantwortung allein tragen wollen für diese Gesetzesvorlage. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich an der Fertigstellung dieses Gesetzes nicht beteiligen.

Nach dieser Erklärung verließen die Sozialdemokraten geschlossen den Saal. Einige Demokraten schlossen sich ihnen an. Ueber dem Saale lag eine lähmende Stille. Kein Zuruf wurde laut.

Nach einer Erklärung des Kommunisten Koenen vollzogen auch die Kommunisten ihren Auszug. Links vom Mittelgang saß nur noch eine schmale Reihe von Demokraten. Fast der halbe Saal war leer, das Bild eines Kumpfparlamentes trat eindrucksvoll in Erscheinung.

Fehrenbach hielt für die Mehrheit eine Verteidigungsrede. Gedämpft versuchte der einstige Reichstagspräsident das Verhalten der Mehrheit zu begründen. Nur an einer Stelle wurde Fehrenbach etwas lebhafter, als er sich gewohnheitsgemäß mit einer Geste an die Linke wandte und sein Blick auf Leere Bänke fiel. Da wurde auch ihm bewußt, daß der Reichstag zum erstenmal in seiner Geschichte durch das Verfahren, das er matt verteidigte, zu einem Kumpfparlament geworden war.

An der Abstimmung, in der sich dann die Mehrheit für die Abwägung aller Anträge der Opposition entschied, nahmen die Demokraten zum Zeichen ihres Protestes nicht teil. Vom Zentrum blieben mehrere Abgeordnete, unter ihnen Sos und Lammert sitzen.

Der „Vorwärts“ sagt zum Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber dem Zollblock:

Ungewöhnliche Gewalttat der Zollmehrheit des Reichstags hat den ungewöhnlichen Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hervorgerufen. Vergewaltigt im Parlament durch eine brutale, bedenkenlose reaktionäre Interessenspolitik, wendet sich die stärkste Fraktion des deutschen Reichstags an das ganze Volk. Sie ruft nicht nur zum Protest, sie ruft zum Kampfe. Dieses Weibegabungswort, das auf dem Wege eines Diktats der Mehrheit des Reichstags entstanden ist, darf nicht von Dauer sein. Um dieses Weibegabungswort wird weiter gekämpft werden, trotzdem die Mehrheit des Reichstags es beschloffen hat.

Nun gilt es den Kampf gegen die reaktionäre politische Gesinnung; die diese Zollvorlage und diese Gewalttat der Zollmehrheit hervorgerufen hat. Nun gilt es den Kampf gegen die reaktionären Parteien und gegen die Rechtsregierung, die als Organ der Zollinteressen funktioniert hat.

Nun gilt es den Kampf der bedrohten Arbeiter- und Verbrauchergruppen. Eine schwere Krise, Not und Entbehrung droht im Gefolge dieser Gesetzgebung. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ruft den Massen des Volkes zu: Ursache für das was kommt ist das Diktat der wirtschaftlichen Unernunft der Zollmehrheit. Ihr müßt euch zur Wehr setzen. Kämpft gegen den Versuch, eure Lebenshaltung herabzudrücken. Ihr dürft euch nicht verkleiden lassen. Die Zollmehrheit hat den Kampf gewollt, die Verantwortung für die kommenden sozialen Kämpfe ruht auf ihrer Mehrheit.

Die Zollparteien des Reichstags haben den Bogen bis zum Äußersten gespannt. Die Demonstration der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die Antwort. Sie ruft dem ganzen Volke zu: Der Kampf ist nicht zu Ende! Er entbrennt erst recht. Er wird fortgesetzt werden bei der Beratung der großen endgültigen Zollvorlage. Er wird neu entbrennen bei der Debatte um jeden handelspolitischen Schritt der Zollregierung, bei jedem Versuch, von der verfassungswidrigen Ermächtigung Gebrauch zu machen.

Dieser Kampf wird nicht enden, bis eine neue Entscheidung des Volkes die Abrechnung mit der Interessendiktatur und der Politik der Gewalt bringt.

Eine berechnete Beschwerde.

Der kommunistische Abgeordnete Schük hat dem Präsidenten des Reichstags folgende Beschwerde zugestellt:

An den Herrn Präsidenten des Reichstags!
Ich erhebe hiermit schärfsten Protest gegen die Behandlung meiner Person bei meinem Hinzuwurzeln aus dem Reichstag. Als die Kriminalbeamten eintraten, verlangte ich von dem Führer derselben den Ausweis, wonach er befugt sei, meine Ausweisung vorzunehmen. Als Antwort darauf würzten sich drei von den Kriminalbeamten auf mich und schleppten mich gewaltsam aus dem Sitzungssaal. Ein Kriminalbeamter ließ mich schon im Sitzungssaal mit dem Fuß in den Rücken; ein anderer Beamter forderte seine Kollegen auf, feister zuzupacken, und ich wurde daraufhin an den Händen gefesselt, so daß der Arzt mehrere Fleischquetschungen an den Armen feststellen konnte. Als die Tür zum Sitzungssaal zugemacht wurde und ich mich mit den Beamten hinter derselben befand, sezten sofort weitere Mißhandlungen ein. Ich wurde auf Kopf und Rücken geschlagen. Außerdem wurde ich bis an die Postaltreppe mit Fußstößen traktiert. Besonders angestachelt wurden die Beamten noch dadurch, daß sich hinter dem Plenarsaal Abgeordnete der Rechten und Regierungsvertreter aufgeföhlt hatten, die den Beamten fortgesetzt zuriefen: „Immer feste drauf! Haut ihn! Das ganze Gefindel müßte man an die Wand stellen! Fast doch richtig zu, die Wände verdienen es nicht anders!“ usw. Man hatte mir nicht Zeit gelassen, meine Atemmaske, die sich an meinem Platz im Sitzungssaal befand, mitzunehmen. Als ich im Portal 2 einen Beamten ersuchte, daß man mir die Tasche bringen solle, gab man mir zur Antwort, ich könne noch ein paar in die Presse bekommen.
Ich glaube kaum, daß der Reichstag sich mit solchen Behandlungsmethoden seiner Abgeordneten einverstanden erklären kann und ich fordere vom Herrn Präsidenten die sofortige Einleitung einer Untersuchung mit dem Ziele, eine Verurteilung der Schuldigen herbeizuführen.

Die Zurufe der Rechten, die der kommunistische Abgeordnete Schük in seinem Briefe wiedergibt, sind bezeichnend für den Geist des Zollblocks. Am liebsten würde man das ganze deutsche Volk so behandeln wie diesen Abgeordneten. Die Kommunisten benehmen sich oft genau so brutal und ungeschliffen wie die Junker, trotzdem aber ist damit eine solche Behandlung eines Abgeordneten nicht gerechtfertigt.

Ein mißglücktes Wahlmanöver.

Unter tschechoslowakischer Korrespondent schreibt uns: Die Parteien der allnationalen Koalition wollten einem Siege der Opposition bei den kommenden Parlamentswahlen durch die famose Wahlreform vorbeugen, die sie im letzten Augenblick auf den Herbst vertagen mußten. Die Regierung und ihre Organe glaubten ein übriges tun zu müssen, um den „staatserbaltenden“ Parteien die Mehrheit im künftigen Parlament zu sichern.

An dem Verhältnis der Nationen kann sich nicht viel ändern. Die einzige Oppositionspartei im tschechischen Lager ist, wenn man von den nur aus taktischen Gründen oppositionellen Gewerkeparteien abieht, die kommunistische Partei. Nun haben die Kommunisten durch ihre unsinnige Taktik und durch die immer wieder verjüchte Volkshwifierung, die gerade bei den tschechischen Arbeitern auf schroffen Widerstand stoßen mußte, sich selbst im letzten Jahre ungeheuer viel geschadet. Noch vor einem Jahre vielleicht die stärkste Partei der Republik, sind sie heute von allen Verfallerscheinungen des Bolschewismus getroffen, zu jeder Aktion unfähig und vor allem nicht mehr die Massenpartei des tschechischen Proletariats, die sie noch voriges Jahr im Vergleich zu den andern sozialistischen Parteien waren. Wenn schon nicht das demokratische Prinzip, so hätte es die Klugheit gebieten müssen, sie sich selbst zu überlassen, was für die Sozialdemokratie nur die besten Folgen haben konnte.

Die Regierung Schwacha, anscheinend von altösterreichischen Bureaukraten und Polizeihofräten Metternichscher Schule beraten, war anderer Meinung. Ihr dünkte es besser, gegen die Kommunisten einen ganz großen „Schlager“ zu fabrizieren, der die Stimmung der Massen gegen die Partei beeinflussen sollte. Ob den Erzeugern des nunmehr schon mißglückten Wahljagers der Sinowjew-Brief vorzujwehte, der der englischen Arbeiterpartei so schwer geschadet hat, läßt sich nicht sagen; wohl aber dachte die Öffentlichkeit seiner, als die Polizei mit ihren geheimnisvollen Enthüllungen gegen die Kommunisten heraussrückte.

Man verhaftete zunächst den kommunistischen Parteisekretär Zilek, veranstaltete im Parteihaus der Kommunisten eine Hausdurchsuchung und verurteilte, Zilek habe sich gegen das Schulgesetz vergangen. Das will noch nicht viel heißen. Denn das tschechische Schulgesetz hat der Schlingen und Fallen so viele, daß auch ein Gerechter in sie geraten kann.

Im Reiche denkt man bei dem Worte „Schulgesetz“ wohl immer an die Absichten, von denen das Kabinett Wirth geleitet war, als es nach dem Rathenau-Mord dem Reichstag das Schulgesetz unterbreitete, das nachher ja auch nicht immer an der richtigen Stelle zur Anwendung kam. Das tschechische Schulgesetz entstand ohne besondere Veranlassung; denn die Ermordung des Ministers Neajin war nicht die Folge einer systematischen Mordheke oder reaktionärer Verschwörungen, sondern die Tat eines einzelnen, der in dem Bankmagnaten Maschin — zum großen Teile ja mit Recht — den Repräsentanten jener Wirtschaftspolitik sah, die Hunderttausende arbeitslos machte und dem Hunger auslieferte. Für die allnationale Koalition war der Mord, dem keine weiteren folgten und der in keinem Zusammenhang mit irgendwelchen der Republik feindlichen Bestrebungen stand, allerdings ein willkommenes Anlaß zu dem Gesetz, das wohl das raffinierteste ist, das je von reaktionären Mächten ausgenommen wurde. Man kann eigentlich immer und auf jeden Fall gegen das Schulgesetz verstoßen. Aber man muß dem Uneingeweihten an Beispielen zeigen, was in der Tschechoslowakei zum Schutze der Republik gehört, damit er das Gesetz verstehe.

Wenn ein Bürger sich einfallen läßt, eine Zugveripätung oder irgendeine Mißwirtschaft auf dem Bahnhof mit der Bemerkung festzustellen, daß „hier eine Wirtschaft herrsche“ und er seine Worte mit einer ganz kleinen Gendbewegung begleitet, so kann ihm diese als „ironisierend“, die Rede als „Beleidigung der Republik“ ausgelegt und mit ein paar Wochen Gefängnis bestraft werden. Oder es wird einem Untertanen am Steueramtschalter gesagt, er hätte eine Quittung falsch ausgefüllt und der Untertan fragt nun im Scherze, ob es gegen das Schulgesetz verstoße, wenn er frage, warum die Quittung falsch sei — so ist diese Frage selbst ein Verbrechen, das „Verhöhnung des Schulgesetzes“ heißt und strenge gerügt wird.

Man erzählte seinerzeit folgender guterfundener Anekdote: Der Präsident Masaryk hat einem jungen Vater

einem Porträt; nachdem das Bild fertig ist, meint der Präsident zu dem Maler, man müsse ihn eigentlich auf Grund des Schutzgesetzes bestrafen, denn sein Bild sei eine Schmiererei und bedeute eine „Beleidigung des Bildnisses des Präsidenten der Republik“. Der Maler aber antwortet, es sei ganz im Gegenteil Masaryk zu bestrafen, da er das Bild des Präsidenten, also sein eignes, eine Schmiererei genannt habe. — Man kann also ersehen, was dem Professor Lederer, der Kolbes Ebert-Büste kritisiert hat, in der Tschechoslowakei geschieht!

Die Beispiele ließen sich mehren, doch dürften schon die angeführten einen Begriff von dem „Schutz der Republik“ geben.

Es war daher zunächst unklar, inwiefern Jilek die Republik gefährdet haben sollte. Bald erfuhr man, daß er gegen jenen Paragrafen verstoßen hatte, der die Auslieferung von Nachrichten, die für die Tschechoslowakei ungünstig sind, an eine fremde Macht mit Kerker bis zu sechs Jahren bestraft. Es läßt sich denken, daß ein Kommunist, der als Parteisekretär über die politische und wirtschaftliche Lage der Tschechoslowakei ständig Bericht nach Moskau erstattet, mit dieser Bestimmung leicht in Konflikt kommen kann. Die Kommunisten schroteten die Verfolgung ihrer Partei gehörig aus, aber die Polizei hatte noch nicht genug. Ob sie aus eigener Unfähigkeit auf die Idee kam, ein Moskauer Blokk der Moskauer zu konstruieren, ob sie einem nationalsozialistischen Denunzianten aufgefallen ist, verrät sie nicht; etwa vierzehn Tage nach der Verhaftung Jileks aber ließ sie den Kommunisten Dr. Wenzel Soujer, den Bruder eines kommunistischen Abgeordneten und einen der inoffiziellen Führer der kommunistischen Partei Oesterreichs verhaften.

Gegen Soujer erhob man die Beschuldigung, er habe sich gegen jene Bestimmungen des Schutzgesetzes vergangen, die bewaffnete Angriffe gegen den Präsidenten der Republik und Mitglieder der Regierung besonders hart bestrafen. Während aber die Polizei über alle näheren Umstände peinliches Schweigen bewahrte, mußte die nationalsozialistische Sensationspresse um so mehr von dem Attentatsplan Soujers zu erzählen. Er soll gegen den Präsidenten Masaryk vor drei Jahren im Auftrag von Moskau ein Attentat vorbereitet haben, das zur Zeit verhindert wurde. Da Masaryk bei den Arbeitermassen, und zwar nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch bei den Kommunisten außerordentlich beliebt ist, so hätte ein Plan, wie man ihn Soujer vorwarf, den Kommunisten ungeheuer geschadet. Man muß die Ideologie des tschechischen Arbeiters kennen, der auch als Radikalist immer nationaler Tscheche und Patriot bleibt und vor allem an „Väterchen Masaryk“ unerschütterlich glaubt, um ersehen zu können, was einer Partei bevorsteht, die Masaryk am Leben bedroht.

Aber die kommunistischen Führer kennen die Stimmung der Massen und gerade deshalb, weil der Attentatsplan ihnen nur schaden, in keiner Hinsicht aber nützen konnte, war das Vorhaben der Polizei und der Nationalsozialisten außerordentlich lächerlich. Vom ersten Augenblick an verhielt sich der größte Teil der Öffentlichkeit sehr skeptisch, die sozialdemokratische Presse verlangte von der Polizei reifliche Aufklärung und bezeichnete die Nachrichten des nationalsozialistischen „Geste Slovo“ als plumpe Wahlschlagerei. Man mag den Kommunisten manchen Unfug zutrauen und der bolschewistische Flügel der tschechischen Kommunisten hat sich verschiedenes geleistet, das an dem gesunden Menschenverstand der Ultralinken zweifeln ließ. Aber daß ausgerechnet einer der fähigsten Köpfe der Partei, der Dr. Soujer, ein Attentat gegen Masaryk geplant haben sollte, das er glaubten selbst die leicht erregbaren Tschechen nicht.

In wenigen Tagen brach die ganze Affäre in nichts zusammen. Die Polizei schwieg, die nationalsozialistische Presse verfuhr ebenfalls plötzlich und eine Reihe kommunistischer Führer brachte Ehrenbeleidigungsklagen gegen die nationalsozialistischen Redakteure ein. Obwohl Dr. Soujer noch in Haft ist, glaubt niemand mehr an seine Schuld und das Manöver der Polizei hat nur den Kommunisten genützt. Zum erstenmal seit Monaten hielten sie eine Vertrauensmännerversammlung ab, die gut besucht war und in bester



Die Verfassungsfeier in Berlin.

Die Ankunft der Fahnenkompanie des Reichsbanners auf der Dreptloover Spielwiese, wo eine ungeheure Menschenmenge versammelt war.

Stimmung verlief. Die blamierten Seker aber fürchten jetzt die Wahlen, zu denen der Attentatsplan Soujers ein so schöner Luftballon sein sollte. Die nationalsozialistische und nationaldemokratische Presse verlangt Aufhebung der Wahlen und auch die Partei des Ministerpräsidenten, der durch die Geldentwertung seiner Polizei zunächst bloßgestellt ist, erklärt mit einemmal, das alte Parlament müßte unbedingt noch die Steuerreform erledigen. Bleiben also die Sozialdemokraten und Merikalen, die nach Neuwahlen rufen und die beide in der Soujer-Affäre reine Hand haben.

Für die Oppositionsparteien, die bereits zu den Wahlen kräftig rüpteten, ist die Situation unklarer als je. Das Wahlmanöver, das möglicherweise die Wahlen verhindern wird, beweist aber von neuem, was in der von einem fünfjährigem beherrschten Tschechoslowakei alles möglich ist und wie wenig für eine Gesundung des Staates und der politischen Atmosphäre zu erhoffen ist, solange die allnationale Koalition besteht. E. F.

Vor der Einladung Deutschlands.

Die französische Presse veröffentlicht am Sonntag ein aus London datiertes, aber zweifellos aus dem Quai d'Orsay stammendes Komunique, das einen Ueberblick über den augenblicklichen Stand des zwischen Paris und London in der Garantiefrage geführten Meinungsäustausches gibt.

Es enthält an Tatsächlichem zunächst die Mitteilung, daß die französische Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli, die Briand dem englischen Außenminister unterbreiten wird, voraussichtlich sehr kurz sein und sich unter Nichterwähnung gewisser von der deutschen Regierung zum Ausdruck gebrachter Auffassungen darauf beschränken dürfte, diese davon in Kenntnis zu setzen, daß Frankreich die Periode der Diskussionen auf dem Wege über die Kanzleien als geschlossen und den Zeitpunkt für eine direkte Ansprache für gekommen ansieht. Die deutsche Regierung werde deshalb zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt eingeladen werden, in direkte Verhandlungen mit den alliierten Kabinetten zu treten.

Es bestätigt sich also, daß die französische Regierung ihren Widerstand gegen die von London und Brüssel vor-

geschlagene Einberufung einer Konferenz, an der auch Deutschland auf dem Fuße voller Gleichberechtigung teilnehmen wird, fallen gelassen hat.

Den Hauptgegenstand der Londoner Besprechungen wird, wie das offiziöse Komunique weiter mitteilt, die Festlegung der Basis für die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit Deutschland bilden. Zu diesem Zwecke sei von beiden Regierungen jetzt ein Entwurf zu einem Garantiepakt vorbereitet worden, und man habe sich bereits darüber geeinigt, daß der eine dieser beiden Entwürfe — ob es der englische oder der französische ist, wird nicht gesagt — als Grundlage für die Redaktion eines gemeinsamen Textes dienen soll, der aber den Anregungen des fallen gelassenen Entwurfs in weitgehendem Maße Rechnung tragen werde. Dieser gemeinsame Text werde dann als Diskussionsbasis für die Verhandlungen mit Deutschland zu dienen und die Grundlage des diplomatischen Instruments zu bilden haben, das die endgültige Regelung der Sicherheitsfrage zwischen den Alliierten und Deutschland bringen werde.

Die weiteren Ausführungen der halbamtlichen Verlautbarungen lassen sich dahin zusammenfassen, daß in der Frage der von Deutschland gegen den Artikel 16 der Völkerbundverfassung geltend gemachten Vorbehalte die französische Note in ausdrücklichem Einvernehmen mit London an der Forderung des bedingungslosen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund festhalten, der deutschen Regierung aber die Möglichkeit offengelassen wird, ihre Bedenken und Reserven gegen die aus dem Artikel für Deutschland resultierenden militärischen Verpflichtungen in Genf selbst geltend zu machen.

In der Frage der Garantie der östlichen Schiedsverträge durch Frankreich haben die zwischen London und Paris bestehenden Differenzen noch nicht ausgeglichen werden können. Das Foreign Office hat sich hier bekanntlich die deutsche Argumentation zu eigen gemacht, daß Frankreich im Osten nicht zugleich Partei und Richter sein könne, während der Quai d'Orsay nach wie vor für Frankreich im Falle eines Konflikts im Osten das Recht zu spontaner Intervention unter Beiseiteziehung des Völkerbundes fordert.

Aus dem gewundenen Texte des offiziellen Komunique gewinnt man den Eindruck, daß man versuchen wird, sich auf eine Formel zu einigen, die Polen und der Tschecho-

Baireuth.

I.

Ob die Sachen hier eintröben, muß Baireuth ein allerliebster Südbayer gewesen sein. Eine kleine verschlafene Pflanzung, ähnlich wie Ansbach, aber noch reicher an Denkmälern fürstlicher Baukunst. Die Lage ist günstiger: Zwischen Fichtelgebirge und Fränkischer Jura, oder, wie man hier mit der unauferwindlichen deutschen Phantasie sagt, „Fränkischer Schweiz“ (immer noch besser als „Poipenische“ und gar „Wärtische Schweiz“), zwischen lieblich bewaldeten Höhenzügen bettet sich das Städtchen ein. Kann es man aus dem Böhmerwald heranziehen, wird man sich von dem Stil begünstigt, der des Stadtbilds beherrscht: vom Spätbarock. Die Straße, die hier noch dem noch wüchseren Mann hauernterkeit, ist eingestrichelt mit bunten Sandsteinbänken, darunter vielen, sehr vielen Wappensteinen. Der aus Norddeutschland kommt, ist erstaunt über den Luxus, der hier mit dem prächtigen gelben Sandstein getrieben wird — selten nur begegnet man dem bei uns vorherrschenden Kieselstein.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Material gerade dem Bedarf mit seiner Neigung zu Ausladungen und blühendem Schmuck entgegenkommt, während der Fiegel, wie man sich in Borsdorf überlegen kann, ihm eigentlich widerspricht. Der Schmuck, der hier an die Hände angeleitet werden muß und mehr oder weniger als Schmuckel wirkt, kann im Gebiet des Sandsteins aus diesem Stein selber herangezogen werden. Sein Bruder, denn der „Fränkische Stil“ Friedrichs 2. dem südbayerischen Barock, ist ja dem Böhmerwald gegenüber, als Import wirkt.

Immerhin — importiert er auch in Baireuth das merke. Allen rechtlich begründeten Forderungen muß es zu ihrem Schutze streben werden, daß die Baireuther Kartographen im 18. Jahrhundert, Höhenmessungen stammes entworfen, sich in französischer Sprache waren wie — Kaiserliche Rey, aller Nationalitäten König und Herr. Die französische Völkerei bereitet denen eine Karte nach der andern. Schon im 17. Jahrhundert, als das alte Schloss im Herzen der Stadt, nahe am Schloßpark seiner Hauptfassade, im Renaissancestil erneuert wurde, herief man einen französischen Baumeister, Diezillard, der den ostbayerischen Bauformen erbaute, neben der Schlosskirche des Baireuther Baireuths — vor dem Einbruch der Sachen. Der Schweizer Baumeister des Großen, der ebenfalls Friedrich

rief und mit des preussischen Königs Lieblingswäcker Wilhelm vermählt war, hatte seine kleine Residenz dazu während im französischen Koloss um. Er bediente sich dazu bis 1748 eines Pariser Architekten namens Saini-Pierre.

Er hätte kaum einen heftiger finden können. Mit jenem erstaunlichen Anpassungsvermögen, das international ist und einen Ausländer, wie man an Chaveris Dresdner Schlosskirche sieht, auch mit ungewohnten Aufgaben vertraut macht, hat dieser Franzose um den mittelalterlichen Stadtkern und dessen Mittelpunkt, Altes Schloss und spätgotische Stadtkirche herum, einen neuen künstlichen Barockgürtel gelegt. Wiederum drängt sich hier das Beispiel von Ansbach auf: unter den alten Stadtmauern entlang werden prächtige gerade Alleen gezogen. Froh, des lästigen Zwanges dieser Mauern ledig zu sein, und stolz im Gefühl der Sicherheit, die die stehenden Heere gewähren, faulen die Fürsten ihre Paläste in langer Front, deren Rückseite sich in einem streng schillernden Barock fortsetzt, um ganz allmählich den Uebergang in die freie Landschaft zu finden. So hat Saini-Pierre von 1754 an dem Kartographen Friedrich das Neue Schloss gebaut, lang und niedrig, alle Räume, mit Ausnahme des Festsaals in der Mitte, auffallend klein, wohnlicher als es der enge Barockstil italienischer Charakter liebt, den Schlüter für das Berliner Schloss angewendet hatte.

Die Innenräume sind als „Schloßmuseum“ erst neuerdings dem Publikum zugänglich gemacht worden. Sie verdienen um ihres ewigen Schmuckes willen, denn nur das Beste in Potsdam, nämlich Anselm-Berthold's Räume im Stadtschloß und in Sanssouci, an der Seite gestellt werden kann, das höchste Lob. Es gibt da auf dem Hügel der Kartographen einen Freizeital aus Felsenholz, ein Geschenk des Kaisers in Berlin, die Wände mit Reliefs und vergoldeten Wandmalereien gegliedert, es gibt einen Festsaal in Mau und Gold und eine vergoldete Zinnschneide und Gobelinszimmer, die noch in der Erinnerung wie ein Nautilus von Schönheit nachhallen. Darunter auf einer Anhöhe, zu der eine pompöse alle Kapuzinerallee führt, haben sich die Kartographen ihren Sommeritz angelegt. „Eremitage“ haben sie ihn genannt, wie die Kaiserin Katharina von Rußland ihr Sommeritz in Petersburg; man wollte sich aus den rauschenden und aufstrebenden Festlichkeiten des Hofes in die Einsamkeit flüchten. Es sollen ehemals prächtige Häuser, Eremitenklaußen gleich, im Park verstreut gewesen sein, in denen man Einsamkeit und Behaglichkeit mißte wie zu andern Zeiten die Gerlich-

keit des Sonnenkönigs Ludwigs 14., eines römischen Kaisers oder eines Türkenkultans. Marie Antoinette hat sich ja auch für Rousseau begeistert, im Park von Trianon eine Meierei anlegen lassen und ist darin als Bäuerin aufgetreten. Hart daneben freilich lagen ihre prunkvollen Schlösser, in denen man den Schmuck des Vöbels wieder in Champagne abwaschen konnte. So lagen hart neben den heute verschwundenen Einsiedlerklaußen der Eremitage die verschwenderisch ausgestatteten Lusthäuser, deren größte Kostbarkeit ein echt chinesisches Lackkabinett bildet, ein Geschenk des Bruders, das auf eine halbe Million Taler geschätzt wird, und der „Sonnentempel“, ein Kuppelbau mit acht griechischen Marmorsäulen, dem Vorbild des Speisezimmers von Sanssouci. Die Wasserfontäne am Abhang vor diesem mit Bergkristallen besetzten Sonnentempel, und etwas tiefer in einer künstlichen römischen Ruine — man schwärmt damals in echt defizientem Geschmack besonders für Ruinen — überriefen die Amphiburger und dürften auf deutschem Boden wohl nur in Wilhelmshöhe bei Kassel ihresgleichen finden.

Die Menschen, die hier gehauert haben, sind voller Rästel. Wilhelmine muß von einer wahren Baumut besessen gewesen sein. Schlösser über Schlösser ließ sie auführen. Mit dem „Non Plus“ („Mein Verjüngung“), wie sie die Eremitage nannte, nicht zufrieden, baute sie eine „Fantasie“ mit einem großen Park, ein Sans-Pareille“ (Ohne Gleichen), obwohl ein Sommeritzgehöft in Kolmdorf nahe bei der Eremitage und in der Vorstadt St.-Georgen das Kapittelhaus vom Roten Adlerorden, oder, wie es damals hieß, „Ordre de la Sincérité“ („Ordnung der Aufrichtigkeit“) nebst einem Brunnensinnepalais und einem großen künstlichen See aus dem Anfang des Jahrhunderts vorhanden und das alte Kloster Himmeltron in einen Sommeritz umgewandelt war. Diese glänzende Mägenatin, die für einen einzigen Saal annähernd 100 000 Taler ausgab, steckte dabei in den größten Geldschwierigkeiten, veräußerte und verkränkelte ein kurzes Leben an der Seite eines verhassten Gatten und schrieb jene galligen Denkwürdigkeiten, in denen der ehemals so geliebte Friedrich von Preußen eine recht unvorteilhafte Rolle spielt. Friedrich hatte sich mit ihr vertracht, weil der Baireuther sich weigerte, im Siebenjährigen Kriege seine Neutralität zu seinen Gunsten aufzugeben, was für einen Duodezfürsten an der böhmischen Grenze Selbstmord bedeutet hätte. Diese menschliche Persönlichkeit dieser Fürsten des 18. Jahrhunderts scheint sich in Nichts zu verflüchtigen. . . .

Slowakei im Falle ganz bestimmter deutscher Vertragsverletzungen die sofortige Unterstützung Frankreichs sichert, eine Version, die auch von dem in der Regel gut unterrichteten Londoner Korrespondenten des „Petit Parisien“ bestätigt wird.

Auch in der Frage der automatischen Sanktionen, in der der Notenwechsel zwischen Paris und London bisher zu keinem definitiven Ergebnis geführt hat, scheinen beide Regierungen auf einen Kompromiß hinzuwirken, das Frankreich bei gewissen flagranten Verletzungen des Friedensvertrags durch Deutschland „unter genau festzulegenden und im einzelnen noch zu präzisierenden Umständen“ das Recht zu sofortiger Anwendung von Sanktionen einräumt, in allen übrigen Fällen aber dafür eine Entscheidung der zuständigen Instanz des Völkerbundes zur Voraussetzung macht.

Hindenburg schreibt Dankesbriefe.

Die betroffenen Opfer der Inflation, die Arbeiter und die unzähligen kleinen Leute, für welche die neuen Steuern und Zölle eine ungeheuerliche Belastung darstellen, werden erstaunt sein, zu hören, daß der Reichspräsident es für notwendig gehalten hat, den Reichskanzler Luther, den Reichsfinanzminister von Schlieffen und den Reichsjustizminister Frenken samt den leitenden Beamten der Ressorts zu empfangen und ihnen wegen der Verabschiedung der Aufwertungs- und Steuerergänzung seine Anerkennung und seinen Dank auszusprechen. Aber nicht genug damit! Der Reichspräsident hat an den Reichsfinanzminister und an den Staatssekretär Popitz besondere Schreiben gerichtet, in denen es heißt:

Hochgeehrter Herr Reichsminister!

Nachdem die große Gesetzgebungsarbeit zur Reform unserer Steuerwesen, zur Regelung der voluminösen Aufwertungsfrage, zur Durchführung eines geordneten Reichshaushalts und zur Milderung der Zolltarife im wesentlichen durchgeführt ist, ist es mir ein lebhaftes Bedürfnis, in erster Linie Ihnen, Herr Reichsminister, für die schwere Arbeit, die Sie bewältigt, und den großen Dienst, den Sie damit unserm Vaterland geleistet haben, namens des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung auszusprechen. Ich verbinde damit den Wunsch, daß das Reich noch recht lange auf Ihre hingebende Arbeit und Ihre wertvollen Dienste möge rechnen können!

Mit freundlichem Gruß

gez. von Hindenburg.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

An der umfassenden Gesetzgebungsarbeit zur Reform unserer Steuerwesen, zur Neuregelung der Zölle und zur Lösung der Aufwertungsfrage sind Sie, Herr Staatssekretär, in maßgebender und besonders hervorragender Weise beteiligt gewesen. Ihrer Kraft und Umsicht, Ihren reichen Kenntnissen und Ihrer großen Erfahrung ist es wesentlich zu verdanken, daß die schwierigen und umfangreichen Vorbereitungen und Beratungen dieser lebenswichtigen Gesetze in verhältnismäßig kurzer Zeit befriedigend durchgeführt werden konnten. Hierfür Ihnen namens des Reiches herzlichsten Dank und aufrichtigste Anerkennung auszusprechen, ist mir lebhaftes Bedürfnis. In dem ich Ihrer Arbeit im Reichsdienst viele weitere Erfolge wünsche, bin ich

mit freundlichem Gruß

gez. von Hindenburg.

Weitere „Erfolge“ in der Aufwertungsfrage, im Zollwucher und der einseitigen Steuerbelastung? Die ausgeplünderten Anleihe- und Hypothekenbesitzer, deren Stimmen Hindenburgs Wahlkreis sichern, werden sich für solche „Erfolge“ bedanken! Die Arbeiter, Angestellten und Beamten für weitere „Erfolge“ in Zoll- und Steuerfragen nicht minder.

Gewaltpläne im Saarland.

Aus Saarbrücken wird berichtet:

Mitglieder der rechtsradikalen Organisationen Werwolf und Oberland und der deutschnationalen Jugendgruppe des Saargebietes hatten einen Plan entworfen, den jetzigen Saar-Separatistenführer Dr. Scheppler nach München zu verschleppen und sein Organ, den „Neuen Saarurier“, in die Luft zu sprengen. Der Plan wurde vorzeitig verraten, und als in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vier Mann dieser rechtsradikalen in die Privatwohnung Schepplers eindrangen, wurden sie von der Kriminalpolizei verhaftet. Die Untersuchungen und Hausdurchsuchungen ergaben eine Reihe von Ammonitionen, Eierhandgranaten, Bomben, Zündschnüren, Karabinern, Parabellumpistolen, Seitengewehren usw. Die Leute trugen Hütermützen mit Werwolf- und Oberland-Abzeichen und zum Teil Mitgliedskarten der Deutschnationalen bei sich. In Verfolg der Aussagen der vier Verhafteten wurden bis jetzt noch drei weitere Verhaftungen vorgenommen. Die Untersuchungen nehmen ihren Fortgang.

Hier wie überall leiten die rechtsradikalen Organisationen durch ihre törichte Putschromantik nur Wasser auf die Mühlen der französischen Poincaristen und schaden der deutschen Sache ungemessen. Das Saarland lehnt selbstverständlich einmütig ab, sich mit diesen Leuten zu identifizieren, bei deren Aktionen möglicherweise auch Todspitze ihr Wesen treiben.

Stinnes bankrott?

Der Stinnes-Konzern ist auseinandergebrochen. Von einem Planmäßigen Abbau kann kaum noch die Rede sein. Das Bankensortium, das die Sanierung übernommen hat, wird stark von andern Kapitalistengruppen bedrängt, die für ein Spottgeld die besten Brocken erwerben wollen. Zehen um Zehen wird aus der Masse herausgerissen und schon ist zweifelhaft, ob der Familie Stinnes die Stamunternehmungen verbleiben werden. Handelszeitungen berichten von einflussreichen Kreisen, die Geschäftsaussicht über den Stinnes-Konzern fordern und versichern, ein Konkurs wäre die sichere Folge, und voraussichtlich würde dann für die Familie Stinnes überhaupt nichts mehr übrigbleiben.

Es fehlt auch nicht an Eifersüchtlern für Stinnes' Erben sowohl als auch für den verstorbenen Hugo Stinnes selbst. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, ein Blatt der Deutschen Volkspartei, schreiben z. B.:

Als sicher ist anzunehmen, daß der Auflösungsprozeß selbst nicht halt machen kann vor dem eigentlichen Stammbesitz der Familie. . . Sicherlich hat Stinnes auch Schöpferisches von sich gegeben. . . Ihm aber Genialität seiner Inflationserfolge wegen zuzuerkennen, scheint doch abwegig zu sein. . . Man sieht nur den Fanatismus des Sachwertes, den unerzähllichen privatwirtschaftlichen Expansionsdrang, das Streben nach Macht und Einfluß. Seine wirtschaftlichen Erfolge verdankte er allerdings seiner Fähigkeit, wie kein anderer das Instrument der Inflationstechnik zu beherrschen; er war der größte Nutznießer der Inflation und der größte Spekulant auf den Niedergang der Mark, und auch sein politisches Wirken war nur diesem privatwirtschaftlichen Streben untergeordnet.

So schreiben die gleichen Zeitungen, die zur Zeit der Inflation Hugo Stinnes in den Himmel erhoben, die sich ganz in den Dienst seiner Politik stellten, von der sie heute sagen, daß sie nur seinem „privatwirtschaftlichen Streben untergeordnet war“. Als die Sozialdemokraten damals warnten und ähnliche Worte gebrauchten, wurden sie geschnitten, verhöhnt und ihnen jedes Verständnis für die richtige Wirtschaftspolitik abgesprochen. Aber aus dem Stinnes-Zusammenbruch haben die Rechtsparteien nichts gelernt, wie die Sozialdemokratie beweisen.

Der verschwundene Konsul.

Die „Bojische Zeitung“ berichtet: Der Konsul von Bolivien, Direktor Max R. Herzberg, ist plötzlich aus Berlin verschwunden. Herzberg war bisher beim Michael-Konzern als Direktor tätig. Am Mittwoch erhielt Jakob Michael einen Brief von Herzberg, in dem dieser ihm mitteilt, daß er aus privaten Gründen verreisen müsse. Gleichzeitig scheidet er aus dem Verband der Firma Michael u. Ko. aus und legt alle Posten nieder. Man nimmt an, daß Herzberg durch große Schulden zu diesem eigenartigen Schritt sich veranlaßt sah. Die Börse hat merklich auf diese Sensation reagiert, da Herzberg in der Börsenwelt eine große Rolle spielte.

Direktor Herzberg, ein Mann Ende der 40er Jahre, war eine nicht unbekannt Persönlichkeit in der Berliner Wirtschaft. Er war bis Anfang d. J. Direktor bei den Ostamwerkern und dort ausgeschieden, um Anfang März in den Michael-Konzern einzutreten. Dort leitete Herzberg die Treuhandgesellschaft des Konzerns, die sich mit der Verwaltung der im Besitz Michaels befindlichen Häuser beschäftigte. Außerdem war Herzberg Generalkonsul von Bolivien. Herzberg ist mit seiner Frau und seiner Familie seit Mittwoch verreist. Es ist nicht bekannt, wohin er sich gewandt hat. Er führte in der Kasanstraße 77 in Charlottenburg ein großes Haus und hatte eine prachtvoll eingerichtete Wohnung, in der er auch große Sammlungen, die er im Laufe der Zeit erworben hatte, aufbewahrte.

Es ist bekannt, daß Herzberg sich sehr viel auf private Transaktionen einließ, und es ist möglich, daß dabei sein Vermögen nicht in richtigem Verhältnis zu seinen Geschäften stand. Nebenfalls müssen seine Finanzen völlig zusammengebrochen sein, denn Herzberg ist sogar ein Teil seines hohen Direktorengehalts gepfändet worden. Er hat also, bevor er zu dem letzten Mittel der Not greift, selbst sein heimliches Verwahren nicht vor dem Zugriff der Gläubiger retten können.

Beim Michael-Konzern ist man damit beschäftigt, die Bücher nachzuprüfen. Es ist immerhin möglich, daß größere Verschüsse, wie sie in einem derartigen Konzern an leitende Direktoren ausgegeben werden, von Herzberg noch nicht zurückgezahlt worden sind. Das bedarf jedoch noch der Nachprüfung. Man nimmt natürlich an, daß der aus Berlin verschwundene Konsul seine Reise nicht unternommen hat, ohne vorher sich mit großen Geldmitteln zu versehen. Auch die Eltern Herzbergs, die in Frankfurt a. M. wohnen, haben die Stadt verlassen, da sie sich nicht einem Skandal ansprechen wollen.

Schmierige Arbeitervertreter.

Wie gewissenlos die Kommunistenpresse drauflos verleumdet, kann man wieder einmal im „Vorwärts“ nachlesen:

Am 1. August erschien in der Berliner „Noten-Zeitung“ eine Notiz — als „Arbeiterkorrespondenz“ — mit der wenig anmutigen Überschrift: „Schmierige Arbeitervertreter“. Darin war behauptet, daß in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft vorm. H. Gladenbed und Sohn, Bildhauerei, Berlin und Friedrichshagen, die beiden zum Aufsichtsrat gehörenden Betriebsratsmitglieder den Antrag gestellt hätten, die festgesetzte jährliche Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder zu verdoppeln. Der Schlußsatz dieser Notiz aber lautete:

Die wichtigste Tatsache bei diesem Skandal ist, daß der „Vorwärts“ trotz Anwesenheit eines seiner Berichterstatter die ganze Angelegenheit bisher totgeschwiegen hat, trotzdem die meisten bürgerlichen Zeitungen das schändliche Verhalten der Arbeitervertreter gebrandmarkt hatten.

In der heutigen Ausgabe der „Noten-Zeitung“ begegnet man einer Notiz mit derselben Überschrift, nur in kleinerer Schrift als die erste. Diese neue Notiz ist eine Berichtigung der ersten, wonach die aufgestellte Behauptung falsch ist, richtig aber ist, daß der gestellte Antrag auf Verminderung von zwei Aufsichtsratsmitgliedern von den beiden Betriebsräten im Aufsichtsrat ausgegangen ist.

Der Leiter der Generalversammlung hat bestätigt, daß der Antrag auf Erhöhung der Bezüge für die Aufsichtsratsmitglieder nicht von den beiden Arbeiter-Aufsichtsratsmitgliedern gestellt worden war. Die „Noten-Zeitung“ führt die falsche Meldung darauf zurück, daß die beiden Arbeiter-Aufsichtsratsmitglieder im Gesamtbetriebsrat über die Sitzung Bericht erstattet haben und die falschen Mitteilungen sicherlich durch das Weitererzählen von einem zum andern entstanden sind.

In solch leichtfertiger Weise werden Arbeitervertreter an exponierter Stelle verächtlicht, unter Namensnennung in der Öffentlichkeit heruntergerissen und so zugleich eine von den Unternehmern stark umstrittene Position der Betriebsräte, die Vertretung im Aufsichtsrat lächerlich gemacht.

Das Magdeburger Kommunistenblättchen bringt täglich ein halbes Duzend solcher verlogenen Mitteilungen aus den Betrieben, die, um die verheerende Wirkung zu erhöhen, als von einem „Arbeiterkorrespondenten“ geschrieben bezeichnet werden. Zweck dieser Übung ist die Herstellung der „Einheitsfront“. Man geht da von dem Grundsatz aus, daß das, was durch Lüge und Verleumdung auseinandergetrieben worden ist, mit denselben schmierigen Mitteln wieder zusammengeleimt werden muß. Aber Dred ist kein Bindemittel.

Abbruch der Unterstützungspolitik.

Außer in Paris haben am Sonntag die sozialistischen Bezirksverbände in fast allen Departements Frankreichs Parteitage abgehalten, die der Wahl der Delegierten und der Vorbereitung der Anträge für den am 15. August in Paris zusammentretenden Parteitag gestolten haben. In allen Departements ergaben die Abstimmungen ähnlich wie in Paris wider Erwarten große Mehrheiten für den Abbruch der Unterstützungspolitik gegenüber dem Kabinett Painlevé und gegen die Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung.

Selbst in ausgesprochen rechtsstehenden Verbänden, in denen noch vor kurzem große Mehrheiten für das taktische und parlamentarische Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien vorhanden waren, hat die Politik des Ministeriums Painlevé eine völlige Umstellung zur Folge gehabt, die einen besonders deutlichen Ausdruck darin gefunden hat, daß nicht nur Baronne in seinem eignen Wahlkreis abgeschüttelt worden, sondern auch Renaudel auf dem Parteitag in seinem Departement mit einem Kompromißantrag unterlegen ist. Unter diesen Umständen dürften die Entscheidungen des Parteitags bereits im voraus festgelegt sein.

Er wird in den wichtigen Fragen der innern Politik nur noch die Beschlüsse der Bezirksverbände zu bestätigen und offiziell festzustellen haben, daß die Aera der Kartellpolitik einstweilen geschlossen ist. Das bedeutet, wie Frossard im „Paris Soir“ ausführt, keineswegs, daß die Sozialistische Partei nunmehr systematische Opposition gegen das Kabinett Painlevé machen wird. Sie wird vielmehr, wie die Resolution des Seine-Departements ausdrücklich betont, die Regierung nach ihren Taten beurteilen, d. h. sie wird für das Ministerium stimmen, wenn dessen Politik den Interessen der Arbeiterklasse dient, gegen es, wenn diese Politik mit den Forderungen des sozialistischen Programms in Widerspruch steht.

Notizen.

Preussischer Beamtenabbau beendet. Das preussische Staatsministerium hat die preussischen Behörden angewiesen, in Zukunft von den Vorschriften der preussischen Personal-Abbauordnung, soweit sie darauf abzielen, Beamte gegen ihren Willen in den einflussreichen Dienst zu versetzen oder zu entlassen, keinen Gebrauch mehr zu machen. Ebenso ist angeordnet worden, die Vorschriften über die Milderung von Verjüngungsbezügen bei Privatbeamten mit Wirkung vom 1. August 1925 ab bis auf weiteres nicht anzuwenden. Das Staatsministerium wird dem Landtag unmittelbar nach seinem Wiederzusammentritt einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der dem Beamtenabbau in Preußen ein Ende setzt. Dabei wird darauf Bedacht genommen werden, daß die Beamten durch die spätere gesetzliche Regelung gegenüber dem Reichsdienst nicht benachteiligt werden.

Hindenburgs Rücktritt als Johanniter-Ordenshauptmann. Reichspräsident v. Hindenburg, der es bis jetzt nie veräußert hat, im schmerzlichen Entschluß mit dem Johanniterorden den Ordenskreuz zu geben, ist von seinem Posten als Ordenshauptmann zurückgetreten, und ein ganz gewöhnlicher General der Infanterie aus Dresden-Blasewitz zum Ordenskommandanten gewählt worden. Die Herren Johanniter, die zwar auf dem Papier ein von Menschenliebe triebendes Programm besitzen, in Wirklichkeit aber wohl die verbohrteste und reaktionärste Elite unterbesetzter Monarchisten darstellen, werden den Präsidenten der Republik auf ihrem alljährlichen „Kostümball“ als besondere Zugnummer schwer vermissen.

Begnabigung Zeigners. Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Erich Zeigner, der zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist durch den sächsischen Justizminister Fänger begnadigt worden. Am 30. August würde die Hälfte der von Zeigner abzuhaltenden Strafzeit verfließen sein; da dieser Tag ein Sonntag ist, wird Zeigner am 29. August aus der Strafanstalt Bautzen entlassen.

Der Mörder als Nationalheld. Die jugoslawische Nationalistische Partei hat beschlossen, dem Mörder des österreichisch-ungarischen Erzherzogs ein Denkmal zu setzen. Die Einweihung soll in Serajewo am 12. Gedenktag des Attentats, also am 28. Juni 1926, erfolgen. Soffentlich stellt der Minister den verheerenden Narren in das Meer von Blut und Rauch und Trümmern, das die Folge seiner Tat war; dann wäre auch dieses Denkmal ein Warnungszeichen für die Nachwelt.

Dopeichen.

Coolidge zum Vergarbeiterkonflikt.

hs New York, 11. August. (Radio.) Präsident Coolidge äußerte sich Pressevertretern gegenüber zu der kritischen Lage im amerikanischen Vergbau. Er sei der Meinung, daß sich der zum 1. September angekündigte Streik der amerikanischen Vergarbeiter nicht vermeiden lassen werde.

Jord in Rußland.

hs New York, 11. August. (Radio.) Die Sowjetregierung hat dem Automobilkönig Ford einen Vorschlag zur Errichtung einer großen Flugzeugfabrik in Ciruuland unterbreitet. Die Vorarbeiten zu dem Bau einer nordischen Kraftwagenfabrik auf russischem Boden sind im Gange.

Erst Anerkennung, dann verhandeln.

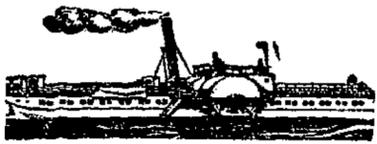
Ws. Paris, 11. August. Premierminister Painlevé hat gestern der Presse folgende Erklärung übermittelt: Ein Telegramm des Generals Primo de Rivera kündigt an, ein Emisär, der behauptete, von Abd el Krim bevollmächtigt zu sein, habe erklärt, daß Abd el Krim nur dann in Verhandlungen eintreten werde, wenn die Unabhängigkeit des Rifgebietes vorher anerkannt worden sei.

Die Kehle durchschnitten.

Ws. Altona, 11. August. Gestern Abend hat nach vorausgegangenem Familienstreit der Schneidermeister Dr. b.: n. j. dem im selben Hause wohnenden Farmer Spielmann mit einem Küchenmesser die Kehle durchschnitten. Der Tod trat auf der Stelle ein. Drabinski wurde verhaftet.

Wirbelsturm.

Ws. Uetersen, 11. August. Die Stadt Uetersen wurde gestern Abend von einem Unwetter heimgesucht, das über eine Viertelstunde dauerte und unermesslichen Schaden anrichtete. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt, verschiedene Schornsteine kürzten ein. Tausende von Fensterscheiben wurden zertrümmert. Auf der Landstraße wurden mehrere Fuhrwerke durch den Sturm umgeworfen. Hunderte alte Bäume wurden entwurzelt, die Ernte ist vernichtet. Die Gegend bietet einen traurigen Anblick. In Neudorf wurde durch den Wirbelsturm ein großes Bauernanwesen zerstört. Die Stadt war in Dunkel gehüllt, da die elektrische Leitung der Heberlandzentrale zerstört wurde. In viele Häuser war Wasser eingedrungen, so daß die Feuerwehr die ganze Nacht über mit Pumparbeiten beschäftigt war. Auch mehrere Personen sind verletzt worden und mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Der Gesamtschaden ist noch gar nicht abzusehen.



Dampferfahrten
Magdeburg — Hohenwarthe
 Abfahrtsstelle: Petriförder (Herrenkrug-Barthalle)
 Wochentags täglich:
 Hin-fahrt vormittags 8 Uhr, nachmittags 2 Uhr.
 Rück-fahrt vormittags 10 Uhr, nachmittags 7 Uhr.
Jeden Montag, Mittwoch u. Sonnabend
 bis Niegrüpp
 Rück-fahrt ab Niegrüpp vorm. 9¹⁵ Uhr, nachm. 5 Uhr.

Am **Mittwoch den 12. August**
 sowie jeden **Mittwoch**, abends 8 Uhr, ab Petriförder
Große Promenadenfahrt
 mit **Musik nach Hohenwarthe**
 (Elschlöbchen). Dortselbst Gartentanz und Tanz-
 gine und Rück-fahrt einst. Tanz 1.00 Mt.
 Rück-fahrt 12 Uhr nachts.
Stettrische Beleuchtung und Fackelzug.
Otto Krietsch, Wertstraße Nr. 34. :: Telephon 321.

Leset die „Frauenwelt!“



Dampfer-Fahrten
 ab **Strombrücke links** (Seitgeberterrasse).
 Am **Mittwoch den 12. August**, nachmittags 2 Uhr
Extrafahrt mit Musik nach Rogätz u. Rehnert
 Garten-Konzert in Rehnert.
 An-kunft in Magdeburg gegen 9 Uhr abends.
 Fahrpreis hin und zurück 1.50 Mt., Kinder 50 Pfennig.
 Am **Sonntag den 13. August**, nachmittags 2 Uhr
Extrafahrt mit Musik nach Gränewalbe
 An-kunft in Magdeburg gegen 9 Uhr abends.
 Fahrpreis hin und zurück 1.00 Mt., Kinder 50 Pfennig
 (unter 6 Jahren frei).
 Am **Freitag den 14. August**, abends 8 Uhr, die beliebte
Große Abendfahrt nach Hohenwarthe
 mit **Tanz im Sandhaus.**
 Fahrpreis hin und zurück 1.00 Mt. inklusive Tanz.
 Außerdem wochentags vormittags 8 Uhr
 täglicher Verkehr nach **Hohenwarthe** nachmittags 2 Uhr.
Julius Krümling, Fernsprecher 8226/27.

Konzertleitung Heinrichshofen
 Morgen **Donnerstag den 13. August 4 und 8 Uhr:**
Einmaliges Gastspiel
 des **Harzer Bergtheaters, Thale a. H.**
 Direktion: **Dr. Ernst Wachler**
Gottfried von Straßburg
 Schauspiel in 5 Aufzügen von Fr. Lienhard
 Hauptdarsteller:
Lothar Hühnel, Walter Brandt, Deutsches Theater, Berlin
Hans Halden, Heinrich Witte, Wolf Trutz
 Staatstheater, Berlin
Liliane Müller, Oly Böhm, Deutsches Theater, Berlin
 Spielleitung: **Erich Pabst, Deutsches Theater, Berlin.**
 Kartenbestellungen für die Nachmittagsvorstellung von
 Vereinen und Schulen werden an unserer Konzertkasse an-
 genommen. Nachmittags 1 Mk. für Schulen und Vereine,
 abends 1. 2. 3. 4 Mk.
 Volksbühne und Volksbühnenband haben für die
 Nachmittagsvorstellung Zutritt.
Konzertkasse Heinrichshofen (S-1-3-5) u. Abendkasse

OBST-
 Einmachen, Konservieren, Feinbereinigung

Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Obst- und Gemüse...	— 50
Obst- und Gemüse...	— 30
Obst- und Gemüse...	— 40
Obst- und Gemüse...	— 50
Obst- und Gemüse...	— 60
Obst- und Gemüse...	— 70
Obst- und Gemüse...	— 80
Obst- und Gemüse...	— 90
Obst- und Gemüse...	— 100
Obst- und Gemüse...	— 110
Obst- und Gemüse...	— 120
Obst- und Gemüse...	— 130
Obst- und Gemüse...	— 140
Obst- und Gemüse...	— 150
Obst- und Gemüse...	— 160
Obst- und Gemüse...	— 170
Obst- und Gemüse...	— 180
Obst- und Gemüse...	— 190
Obst- und Gemüse...	— 200

Max Zabels
Besohl-Anstalt
 Lödisehofstr. Nr. 11
 3tes Haus vom Alten Markt
 Lederhandlung u. Schuhmacherei

Ich habe einen großen Vorrat
eichengegerbtes
Sohlen-Leder
 billig eingekauft und kann nun meine
 wertvolle Schuhfabrik ganz aufgegeben
 hat und zum alten Preise anbieten.
 Herren-Sohlen 2.90 Mk. — Herren-Absätze 1 Mark
 Damen-Sohlen 2.25 Mk. — Damen-Absätze 65 Pfg.
Nur Handarbeit
 Sind Sie zufrieden, sagen Sie es
 an, sind Sie nicht zufrieden, sagen
 Sie es mit uns ist made Später dann
1 Paar Sohlen umsonst
 Lassen Sie sich nicht durch noch billigere
 Preise irreführen, nur durch Mög-
 lichst u. Kleinen Nutzen ist dies möglich.

Die Frau ohne Kuß
 Musik von Walter Kollo 42
Boranzzeige!
 Am **Freitag den 14. August**
 Premiere
Die vertauschte Frau
 Operette in 3 Akten von Franz Arnold
 und Ernst Bach.
 Musik von Walter Kollo.
 Siebenstücker Kartenvorverkauf.

Pilzfischer
 ist ein Nachschlagewerk mit Abbildungen der
 ephären Pilze eine wertvolle Hilfe
 Wir empfehlen
 W. S. e. r.
Sarben tafeln zur Bestimmung
 der Pilze
 mit 43 naturgetreuen Abbildungen
 Preis 1.50 Mt.
 Bücher:
Praktische Pilzkunde
 mit 64 farbigen Abbildungen
 Preis 1.80 Mt.

Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Große Münzstraße 3.

*Ganz schön
 wohnt hat
 Kluge's gute
 Vorkaufsaufbau!*

Jeder Arbeiter
 muß heutzutage billig kaufen.
 Beachten Sie mein Angebot:

Quirnhöfen	3.30
Strohhojen	1.50
Rohhojen	3.90
Maascheierhojen	7.50
Maascheierkrauzüge	21.50
Zuchanzüge	19.00
Brechenhojen	1.80
Zangen	1.25
Blanc Federn	2.25

Reiflers Textilhalle
 am **Butterstraße 8.**

Wissenschaftliche
Forschung
 hat es zu Wege gebracht, daß sich heute
 auch der wasserige Goldbestand, die gegen-
 wärtigen Wässerungen eines leeren Kanne
 fasthalts verschaffen kann, können, sechs

DR. MED. HENSCHEL & CO.
HAUSTRINKKUREN
 noch nicht?

Zu erhalten auch in Drogerien erhältlich.
 Verlangen Sie unsere Gratisbroschüre bei:
Dr. med. A. Henschel & Co., G. m. b. H.,
 Berlin XV 43.

Möbeltransporte
 mittels geschlossener
 Möbelwagen
 für Stadt Land u.
 per Bahn werden
 billig und fachmänn-
 lich ausgeführt.
 Empfehle ferner
 Einspanner zur
 Erledigung kleiner
 Möbelwagen, Klavier-
 u. Geldschranktrans-
 porte sowie sonstige
 Rollfahrten.
 Billigste Preise.
Otto Funke Berliner
 Str. 30/31
 Telephon 9281.

Burg Burg
Früh-
kartoffeln
 10 Pfund 45 Pfg.,
 Zentner billiger.
 Zu haben bei
Wilhelm Krüger,
 Schulstraße 49.

Säße
 für alle Zwecke, neu und
 gebraucht, sowie wasser-
 dicke Platten, Mar-
 blenstoffe, Pferde-
 regendenden verlaufen
 billig Gebr. Rosen-
 baum, Gade u. Pla-
 fahrt, Magdeburg, S.
 St. Michael-Str. 2,
 Tel. 3387 a. 6724. Säße
 und Platten reparieren
 wie gut und billig

Sprechmasch.
Reparaturen
 Apparate
 von 30.00 Mark an
 Zeltzahlung gestattet.
Müller, Apfelstraße 6.
 Fernsprecher 8812.

Weinballons
 Weinflaschen, Gärköben,
 Kork, Flaschenstopfen
Drogerie Döwoldt
 am **Haselbichplatz**

Kommt
der Storch-

dann gibt's viel zu denken und zu tun; An-
 schaffungen sind zu machen, Vorkehrungen zu
 treffen, um den kleinen Welbürger würdig zu
 empfangen. Vor allem aber muß die junge
 Mutter sich täglich, ja stündlich dessen bewußt
 sein, daß von ihr und ihrer richtigen Lebens-
 weise Leben und Gesundheit des Kindes abhängt.
 Sie kann ihre Pflicht sich selbst und dem
 werdenden Kinde gegenüber nicht besser erfüllen,
 als wenn sie täglich das blutbildende, kräfte-
 spendende **Köstritzer Schwarzbier** genießt,
 durch das vor allem die Milch-Sekretion ganz außer-
 ordentlich angeregt wird. Das echte **Köstritzer**
Schwarzbier ist erhältlich bei

Bekanntmachung.
 Zur Einquartierung am 19 d. M. werden
 noch folgende Straßen benutzbar: **Bretter**
Weg, Berliner Straße und Berliner Gasse.
 Die Quartieranfrage erfolgt in den nächsten
 Tagen
Burg, 10. August 1925. Der Magistrat.

Bekanntmachung.
 Betrifft **Einquartierung.**
 Zur Einquartierung am 19 d. M. werden
 noch folgende Straßen benutzbar: **Bretter**
Weg, Berliner Straße und Berliner Gasse.
 Die Quartieranfrage erfolgt in den nächsten
 Tagen
Burg, 10. August 1925. Der Magistrat.

Bekanntmachung.
 Änderung der Beiträge in der **Jugendversicherung.**
 Durch Reichsgesetz vom 28. Juli 1925 sind vom 28. September 1925
 an die Beiträge in den bisherigen Lohnklassen erhöht und es ist eine
 neue Lohnklasse angefügt worden
 Vom 28. September 1925 müssen nach dem Bruttolohn, dem auch
 der durch Nebenarbeiten usw. verdiente Lohn zugerechnet ist, versichert
 werden:

in Lohn- klasse	mit einem Wochen- beitrag von Reichs- pfennig	Personen mit einem Arbeitsver- dienst von wöchent- lich mehr als bis Reichsmark
1	25	6
2	30	12
3	40	18
4	50	24
5	60	30
6	70	36
7	80	42
8	90	48
9	100	54
10	120	66
11	150	84

Schließen die Versicherungsnehmer auf dem Verloren auch Sachbezüge
 in Höhe der Beiträge für den Verloren zugerechnet werden. Verloren
 und Wert der Sachbezüge zusammen ergeben die Beiträge, nach dem
 der Beiträge zu erheben sind.
 Der Wert der freien Stoff- und Rohstoffe beträgt gegenwärtig:
 a) für Lehrlinge, weibliche Dienstboten monatlich 25 Mt.
 b) für Gewerbetreibende, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 c) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 d) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 e) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 f) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 g) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 h) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 i) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 j) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 k) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 l) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 m) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 n) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 o) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 p) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 q) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 r) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 s) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 t) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 u) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 v) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 w) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 x) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 y) für Selbstständige, männliche Dienstboten monatlich 40 Mt.
 z) für Selbstständige, weibliche Dienstboten monatlich 40 Mt.

Wie früher
 sind die Vorteile außerordentlich
 die ich bei meiner
Herren-Kleidung
 nach Maß
 bieten. Das Beste an Material und Arbeit,
 persönliche, individuelle Beratung.
Meine Preise
 gestatten es jedem Herrn, sich wieder gut und
 geschmackvoll zu kleiden.

Leopold Mannheimer
 Breiter Weg 120.

Gasthaus
Unhaltiner Hof
 Brunnengasse 3
 — Tel. 1891 —
 Diverse Vereinszimmer
 bis 180 Personen
Walter Grunow.

Schwarzgelbe Rage
 entlauf, Rufe bald gelb
 u. schwarz, (Möbren
 bürend) Nach erbeten
 Möbel, Wittelsstraße 50

2 Herr.-Fahrräder
 sowie 1 **Einrad**
 billig zu vert. **Titka,**
 Abendstraße Nr. 17.

Gabelin-Sofa
 wie neu, 45 Mt., echt
 mußbaum, Steppstoff
 20 A. Haselbichstr. 3 II. I.

Gaßelounge, neu,
 35 A. Lange Weg 64.

Stellenangebote
 haben den besten Erfolg
 in der
Volksstimme

Kräfteige
Arbeiterinnen
 stellt ein
Kurt Röberich
 Gade- und Planfabrik
 Döhrestraße 10/11.

Tüchtige Tischler
 bestellt auf Zweizug-
 stühle stellen ein
Schmidt, Lübke & Co.
 Magdeburg-Stein.
 Morienstraße 14. [234]

Wie
 liest man eine Karte?
 Einführung in das Verständnis
 topographischer Karten
 mit 6 erläuternden Tafeln
 Preis 0.50 Mark.
Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Gr. Münzstr. 3.

Bekanntmachung.
 Betrifft **Einquartierung.**
 Zur Einquartierung am 19 d. M. werden
 noch folgende Straßen benutzbar: **Bretter**
Weg, Berliner Straße und Berliner Gasse.
 Die Quartieranfrage erfolgt in den nächsten
 Tagen
Burg, 10. August 1925. Der Magistrat.

Bekanntmachung.
 Betrifft **Einquartierung.**
 Zur Einquartierung am 19 d. M. werden
 noch folgende Straßen benutzbar: **Bretter**
Weg, Berliner Straße und Berliner Gasse.
 Die Quartieranfrage erfolgt in den nächsten
 Tagen
Burg, 10. August 1925. Der Magistrat.

Standesamtliche Nachrichten.
Magdeburg-Mitstadt.
Todesfälle. 11. August, Franziska geb
 Wessel, Ehefrau des Tapeziermeisters Hermann
 Poje, 65 J. Eisedreher Hermann Krämer,
 60 J. Anna geb. Luedenfeld, Ehefrau des
 Bäckermeisters Franz Schoof, Ammendorf 44.
Dankagung.
 Dem Grabe meiner herzenguten Frau,
 unterm lieben Schmelzer und Schwägerin
 würdevoll, jagen wir allen Freunden und
 Bekannten für die zahlreiche Teilnahme und
 die Kranzgebunden herzlichsten Dank. Insbe-
 sondere danken wir dem Herrn Kaplan von
 Groß-Ämmenleben für seine trostreichen Worte
 am Grabe.
Rogätz, den 7. August 1925
Erdmann Sudfuß
 und Angehörige.

Parteitag und Frauenkonferenz.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag den 13. September, abends 6 Uhr,

nach Heidelberg, Stadthalle, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Bericht des Parteivorstandes.
a) Allgemeines. Berichterstatter: Johannes Stelling.
b) Agitation, Organisation und Kassie. Berichterstatter: Fr. Bartels und Konr. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Fr. Brühne.
3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag. Berichterstatter: Wilhelm Reil.
4. Problem der europäischen Politik (Bericht vom Kongress der sozialistischen Arbeiterinternationale). Berichterstatter: Artur Crispian.
5. Das Parteiprogramm. Berichterstatter: Dr. Hilferding.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
7. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Zu Anschlag an den Parteitag findet in Heidelberg eine Frauenkonferenz statt.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Frauenbewegung und Sozialdemokratie. Referentin: Frau Marie Zuchacz.
2. Die Frau im zukünftigen Strafrecht.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission.

An der Frauenkonferenz sind zur Teilnahme berechtigt: Ein oder zwei Delegierte aus jedem Bezirksverband, die weiblichen Delegierten zum Parteitag, die weiblichen Mitglieder des Reichstags, je ein weibliches Mitglied der Landtage und männliche Genossen, die von der Bezirksleitung mit Mandaten versehen werden.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitags können nur behandelt werden, wenn sie von Parteioptionen gestellt und spätestens bis zum 12. August 1925 beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Absatz 2 spätestens am 16. August im "Vorwärts" veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkte der Tagesordnung gehörig, versehen sein. Wegen Wohnungsbeschaffung unter Angabe, ob Hotel oder Privatwohnung, müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee (Adresse: Parteisekretär J. Amann, Heidelberg, Mohrbacher Straße 13) melden Berlin, den 24. Juni 1925.

Der Parteivorstand.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. August 1925.

Verfassungsfeier der Behörden.

Am Verfassungstag um 11 Uhr vormittags versammelten sich auf Einladung des Magistrats Vertreter der Magdeburger Behörden, der Reichswehr und Polizei, der großen Organisationen, Körperschaften und der Presse im feierlich geschmückten Saale des "Hofjägers". Die gutgelungene Dekoration des Saales mit den Farben der Republik, des Freistaats Preußen und der Stadt Magdeburg und die Dekoration der Bühne in den schwarzrotgoldenen Reichsfarben und mit lebendigem Grün war vom städtischen Hochbauamt unter Leitung des Baurats Göderitz ausgeführt worden.

Zu der Begrüßungsansprache wies Bürgermeister Paul auf den Befreiungskampf der rheinisch-westfälischen Bevölkerung als Vorbild für das ganze Deutschland hin. Die Festrede sprach Oberstudiendirektor Dr. Weidel: Das Haus, in dem wir seit 6 Jahren wohnen, hat Angriffe von außen und innen zu bestehen gehabt wie kein anderes. Aber es ist fest geblieben und wir fühlen uns heute schon wohler in ihm als in den vergangenen Jahren. Eine ernste Wirtschaftskrise steht uns bevor, aber es hat sich auch manches ereignet, was uns hoffnungsfroh in die Zukunft blicken läßt.

Außerhalb dieser Veranstaltung, zu der die meisten Teilnehmer auf Wunsch im Frack erschienen waren und in der die Redner häufig das Wort Republik verwendeten, gedachte das Volk des Tages in offenem Bekenntnis. In den Arbeitervierteln vor allem wehte aus vielen Fenstern die schwarzrotgoldene Fahne der Republik und gab dem düstern Gesicht der Gassen ein ernstfeierliches Gepräge.

Magdeburg — die heißeste Stadt.

Der Montag mit seiner drückenden Schwüle brachte Berlin mit der Höchsttemperatur von 35 Grad Celsius den heißesten Tag des Jahres. Diese Temperatur wurde nachmittags um 2 Uhr gemessen. Mit dieser Messung wurde die höchste Temperatur festgestellt, die jemals ein 10. August innerhalb 225 Jahren erreicht hat, seit man in Berlin die Temperaturen mißt. Zum Vergleich sei bemerkt, daß die Rekordmessung in den zweieinviertel Jahrhunderten 37 Grad erreichte. Diese Rekorde konnte man 1865 am 10. Juli buchen. In 20 Jahren konnte man nur fünfmal Temperaturen über 35 Grad messen. Aber alle diese heißen Tage lagen im Juli.

Mit diesen 35 Grad fand Berlin am Montag in ganz Deutschland an zweiter Stelle. Die größte Hitze konnte Magdeburg mit 36 Grad verzeichnen. Danach kamen Hannover mit 33, Hamburg mit 31, Tachen mit 30 Grad. Im Osten Deutschlands waren die Temperaturen niedriger. Breslau maß 29, Königsberg 25 Grad. Es scheint aber, daß ein Witterungsumschlag unmittelbar bevorsteht. Jedenfalls melbet der Wetterdienst ein ausgebreitetes Tief an der Nordwestküste Deutschlands, das sich über ganz Frankreich bis an die Pyrenäen erstreckt.

Der Einfluß dieses Tiefs ist an der Nordwestküste schon jetzt so stark, daß die Durchschnittstemperatur auf den Inseln nur noch 20 Grad beträgt. Vorkum und Sallt meldeten um 18 Uhr abends bereits Gewitter. Sollten sich die Störungen dieses Tiefs weiter nach Osten auswirken, so dürften sie mit westlichen Winden einen vollkommenen Witterungsumschlag bringen. Die in ihrem Gefolge auftretenden Gewitter werden nicht nur sogenannte lokale Sommergewitter sein, sondern sich über ganz Deutschland ausbreiten.

Reichsbanner Magdeburg

In den Fahnenweihen in Gommern und Diesdorf am Sonntag den 16. August nehmen die Abteilungen Friedrichstadt-Werber, Anger und Gracau sowie die Jugend und die Radfahrer an der Fahnenweihe in Gommern teil. Alle anderen Abteilungen beteiligen sich an der Fahnenweihe in Diesdorf.

Aufwendungen für Rinderpeisung.

Eine interessante Statistik über die Rinderpeisung in der Winterpeisepriode (3. November 1924 bis 4. April 1925) bringen folgende Angaben:

Zahl der Peisungstage 130, Umfang der Peisung zur Zeit der höchsten Ausdehnung: 2408 Gemeinden, 7151 Schulpeisungen, 1780 Anstalten und Heime, 3968 Küchen, 9227 Speisestellen, 810 081 Teilnehmer. Bevölkerungsgruppen: 88,81 Prozent Schulkinder, 8,40 Prozent Kleinkinder, 0,70 Prozent Jugendliche. Zahl der Mahlzeiten 90 835 000. Hieron sind 43 084 000 Mahlzeiten = 47,5 Prozent aus dem V. J. verteilten Lebensmitteln und 47 801 000 = 52,5 Prozent der Gesamtzahl aus Zusüssen der Länder bzw. Gemeinden und Anstalten hergestellt worden.

Menge und Wert der Lebensmittel: Außer 6500 Tonnen Lebensmittel, die noch am Ende der Sommerpeisepriode verhandelt, aber erst im Winter verbraucht wurden, sind dem Deutschen Zentralaussschuß 1526 Tonnen Lebensmittel für die Winterpeisepriode zur Verfügung gestellt worden. Davon gelangten 1060 Tonnen Lebensmittel zum Verbrauch. In einzelnen haben geliefert:

Table with 2 columns: Deutsches Reich and Amerika. Rows include Mehl, Zucker, Fett, Kaffee, Reis usw., and Milch.

Außerdem wurden 1 370 690 Mark Reichsmittel in Vargeld bereit. Der Weltmarktwert der amerikanischen Erben einschließlich der Restbestände betrug etwa 2 444 520 Mark. Aus Reichsmitteln wurden im ganzen 1 831 058 Mark aufgewendet, davon entfielen 640 000 Mark auf Ergänzungskäufe zu den amerikanischen Sendungen. Der Gesamtwert der zur Verfügung stehenden Lebensmittel inkl. Vargeld betrug 4 670 733 Mark, wovon 61 Prozent von Amerika und 39 Prozent von Deutschland aufgebracht worden sind. Der Wert der auf die einzelnen Mahlzeiten entfallenden Lebensmittel betrug 12,06 Pfennig.

Die Verwaltungskosten für Geschäfte, Löhne, Reiseflosten, Mieten, Bureauausstattung usw. für die zehn Mittelstellen, die Transportabteilung in Hamburg und das Zentralbureau betragen 204 464,11 Mark. Auf die einzelne Mahlzeit entfallen demnach 0,22 Pf = 1,8 Prozent vom Werte der Lebensmittel einer Mahlzeit. Die Transportabteilung Hamburg hat im Laufe dieser Peisepriode 11 656 Koffi mit 1177 Tonnen Lebensmittel eingelagert und in derselben Zeit 467 Waggons, 542 Stückgutverladungen und 19 Fuhrten, enthaltend 108 975 Koffi mit insgesamt 4753 Bruttotonnen auf den Weg gebracht.

Sozialdemokratische Partei

Arbeiterwohlfahrt und Frauen-Werkschau. Am Donnerstagabend 1/28 Uhr Sitzung im Parteibureau. — Kassiererricht 1/2 Stunde früher.

Wasserflugzeugdienst Dresden—Magdeburg—Hamburg.

Am Montag wurde die Wasserflugzeugtruppe Dresden—Hamburg eröffnet. Magdeburg ist Zwischenstation, und an der Rotehornspitze ist eine Lande- oder "Wasserungsstelle" eingerichtet. Dort traf den Montag nachmittags die ersten Flugzeuge von Dresden und von Hamburg ein, begrüßt von Vertretern der Behörden und einer größeren Menschenmenge. Das erste Boot startete mittags in Dresden, traf nach 1 Uhr hier ein und flog, da es durch einen unglücklichen Zufall einen Propellerschaden erlitt, erst um 4 Uhr nach Hamburg weiter, wo es gegen 6 Uhr eintraf. Das Gegenflugzeug verließ Hamburg 2.45 Uhr, traf nach 4 Uhr hier ein und flog nach kurzem Aufenthalt gen Dresden. Magdeburg ist nunmehr an das deutsche Flugnetz angeschlossen, und man muß abwarten, ob die Verbindung von Dauer ist.

Frauenabend Budan. In Budan fand am Montag ein Frauenabend statt. Genosse Hennberg sprach über: Wie sieht die Frau zur Steuer- und Zollvorlage. In trefflichen Worten schilderte der Referent die Entwicklung der Politik von 1879 bis zur heutigen Zeit. Die Genossin Wamp gab noch einen Bericht über die Bezirksfrauenkonferenz und forderte die Frauen zur freudigen Mitarbeit für die kommende Zeit auf.

Theaterabend für die Kriegsbildungsstätte. Am Freitag den 14. August, abends 8 Uhr, veranstalteten Magdeburger Berufsschauspieler im "Hofjäger" (großer Saal) eine Wohltätigkeitsvorstellung zugunsten der Kriegsbildungsstätte für Landwehr und Flotte zwecks Gründung eines Kriegsbildnerholungsheim. Zur Aufführung gelangt der Schwank "Der Sprung in die Ehe". Die Zwischenpausen werden durch Konzerte des aus 28 Musikern bestehenden achtomatischen Musikvereins ausgefüllt.

Ein Sonderzug in die Lezlinger Heide. Im Gegensatz zu den letzten Sonntagssonderzügen der Reichsbahndirektion Magdeburg, die die Teilnehmer nach landschaftlichen Schönheiten der weiten Heimat führten, führt der nächste Sonderzug nach einem von der Magdeburger Bevölkerung immer gern besuchten Landstrich der engern Heimat, der schönen Lezlinger Heide. Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg hierzu mitteilt, sind die Einsteigestationen zu diesem am Sonntag den 16. August verkehrenden Sonderzug 4. Klasse Magdeburg S. und Magdeburg-Neustadt. Aussteigestation ist nur Lezlingen. Die Fahrpreise ab Magdeburg S. sind 2,50 Mark, ab Magdeburg-Neustadt 2,30 Mark für die Hin- und Rückfahrt zusammen.

Hin- und Rückfahrt: Der Fahrplan des Sonderzuges: Rückfahrt: 7,50 vorm. ab Magdeburg Hauptb. an 8,42 nachm. 7,57 vorm. ab Magdeburg Neustadt an 8,36 nachm. 9,31 vorm. an Lezlingen ab 7,00 nachm.

Die Fahrkarten sind bei der Auskunftsstelle Magdeburg S., Fahrkartenausgabe Magdeburg-Neustadt sowie beim Verkehrsverein, Breiter Weg 166, und im Sapa-Reisebureau, Alte Ulrichstraße 7, zu haben. Beim Ausfall des Zuges mangels genügender Beteiligung volles Fahrgehd ohne Abzug zurück. Gleichzeitig wird noch darauf hingewiesen, daß bei den Ausgabestellen der Fahrkarten ein ausführlicher Führer durch die Lezlinger Heide mit Karte zum billigen Preise von 30 Pfg. zu haben ist.

Ein Gartenkonzert von 180 Musikern. Drei Kapellen des deutschen Musikerverbandes, Ortsverwaltung Magdeburg, im Verein mit den beiden heiligen Militärkapellen veranstalten am 14. August ein Konzert im Herrenpark. Der Reinerlös kommt der Altershilfe zugute. Vorkauf: Heinrichshofen und Volksstimme.

Ein einmaliges Gastspiel des Harzer Bergtheaters, Thale am Harz, findet am Donnerstag den 13. August in den "Nationaltheatralen" statt, und zwar nachmittags 4 Uhr für Schulen und Vereine, abends 8 Uhr als öffentliche Vorstellung. Für die Vorführung ist die Mitwirkung allerersten Kräfte vorgesehen. Außerdem beabsichtigt die Spielleitung unter Erich Bahr (Deutsches Theater, Berlin) die Bühne nach Art einer Freilichtbühne (ohne Vorhang) herzurichten, was für Magdeburg etwas Neues sein dürfte.

Über 250 000 Ausstellungsbesucher. Am 9. August ist die Mitteldeutsche Handwerksausstellung geschlossen worden. Für Aussteller und Veranstalter ist sie ein voller Erfolg gewesen. Mehr als 250 000 Besucher sind während der dreiwöchigen Dauer der Ausstellung gezählt worden, eine Ziffer, die um so höher anzuschlagen sein dürfte, als die Mitteldeutsche Handwerksausstellung einmal eine reine Fachausstellung gewesen ist, zum andern sich auf ein eng umgrenztes Wirtschaftsgebiet bezog. Der Besuch am Sonnabend anlässlich des Abschiedsgastspiels der Italiener belief sich auf etwa 25 000 Menschen, während am letzten Ausstellungstag über 20 000 Besucher auf der Ausstellung geweiht haben. Die Ziehung der Ausstellungslosnummer ist bis zum 8. bis 11. September verschoben worden.

Zum Streife der Wütcher in Magdeburg. Vom Zentralverband der Wütcher wird uns geschrieben: Verschiedene Arbeitgeber im Magdeburger Wütchererwerb nehmen den Wirtschaftskrisen nicht ernst. Ihre Forderung auf Wiedereinführung der Affordarbeit auf alte Rasttage kann man nur bezeichnen als Störung dieses Friedens. Die Affordarbeit auf alte Rasttage wurde schon verschiedene Jahre vor dem Kriege im Einvernehmen mit den Arbeitgebern abgezwängt, da die Zustände in den Affordbetrieben auch ihnen untragbar waren. Wenn man heute anführt, daß eine Kalkulation auf Lohnarbeit ausgeschlossen sei, so muß darauf hingewiesen werden, daß gerade unser Beruf die bisherigen Wirtschaftskrisen gut überstanden hat, die Arbeitnehmer aber alles verlor und die sozialen Lasten in keinem Vergleich zum Einkommen stehen. Wir weisen noch darauf hin, daß sämtliche Arbeitgeber den Afford für ihre Betriebe bis auf zwei abgelehnt haben, in denen sich die Wütcher im Streife befinden. Meistens wird man wohl lange suchen müssen, um nur ein andres Gewerbe zu finden, wo alte Arbeiter in Afford angelernt werden, geschweige, daß diese als Basis in den Manteltarif aufgenommen wird, wie es die Arbeitgeber haben wollen, und dem sonderbarerweise der Schlichtungsausschuß auch zugestimmt hat. Bei besinnungsloser Primitivität, wie sie hier in unserem Bereich herrscht, wird diese Forderung zur Folge. Wir nehmen den Rechdenkschuß auf, den die Inhaber der zwei Betriebe uns hingeworfen haben.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Achtung, Spielzeit: Groß-Magdeburg! Mittwoch 7.30 Uhr Seilerwiege. (Erweiterung.)

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet eine Verfassungsfeier heute (Dienstag) abend im "Vormollern-Park". Die Festrede hält Kamerad Conrad Dolar 8 o. r. Beginn des Konzerts um 8 Uhr. Eintrittspreis 80 Pf einschließlich Steuer. Alle Kameraden sind zu dieser Feier eingeladen. Abteilungsleiter: W. W. Dr. Morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr sämtliche Kameradenschaftsführer zur Empfangnahme der Einladungen für die nächste Sommerfeier: m. l. und Ausgabe der Handbücher.

Abteilung Anger. Sonntag vormittags 8 Uhr Abfahrt mit Auto von Grajewans Garten zur Fahnenweihe nach Gommern Kameraden anderer Abteilungen, die mitfahren wollen, müssen sich beim Kameraden Fritz Becker, Koblauer Straße 2, melden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Im Baugewerbe wird verhandelt.

Die am Montag im Reichsarbeitsministerium erfolgte Aussprache zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer des Baugewerbes hatte folgendes Ergebnis:

Zur Beilegung der bezirkslichen Lohnstreitigkeiten im Baugewerbe wird eine besondere Schlichtungsstelle vereinbart. Sie wird zusammengefasst aus je vier Vertretern der Arbeiter und Unternehmer und aus einem unparteiischen Vorsitzenden, den das Reichsarbeitsministerium ernannt. Das Schlichtungsverfahren wird sich auf folgende Bezirke erstrecken:

Mittwoch den 12. August: Provinz Sachsen nebst Anhalt und Magdeburg, Freistaat Sachsen und Mecklenburg; am Donnerstag den 13. August: Groß-Berlin, Baden mit Mannheim und Kassel.

Die Erklärungsfrist für die eventuelle zu fallenden Schlichtungspride wurde auf den 18. August festgesetzt. Bis zu diesem Termin stellen die Unternehmer ihre angekündigten Kampfmaßnahmen zurück. Für den Fall, daß die eingeleiteten Verhandlungen zu einer Beilegung der Lohnstreitigkeiten führen, sollen die Verhandlungen über die strittigen Manteltariffragen alsbald neu aufgenommen werden.

Der Weg zur Beilegung des schweren Konflikts im Baugewerbe ist damit begangen. Hoffentlich führen die Verhandlungen vor der vereinbarten Schlichtungsstelle zu einem auch für die Bauarbeiter annehmbaren Ergebnis, so daß die Bauarbeiten in vollem Umfange wieder aufgenommen werden können.

Massenkündigung in München-Gladbach. Am Sonnabend den 8. August erfolgte die von den Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie des Münchener-Gladbacher Bezirks vor einigen Tagen beschlossene Kündigung sämtlicher Arbeiter, von der etwa 40 000 Mann betroffen werden. Die Unternehmer kündigen die Schließung sämtlicher Betriebe an, falls bis zum Ablauf des Kündigungsstermins am 24. August die Arbeiter sich noch nicht bereiterklären haben, zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Die Einigungsverhandlungen werden inzwischen fortgesetzt.

Der schwarze Tag im Reichsparlament.

Bei Eröffnung der Montagssitzung des Reichstags beantragt Abg. Stöcker (Komm.) zugleich Vertagung der Sitzung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit. Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal.

Vizepräsident Graef erklärt nach etwa 5 Minuten, das Bureau könne sich nicht einigen, es müsse ausgehört werden.

Während die Stimmlisten ausgehört werden, richtet Vizepräsident Graef an die Kommunisten die Frage: „Herr Abg. Schüb, ist es richtig, daß Sie heraufgerufen haben: „Sie alter Schieber da oben!““

Durch Zuruf weist Abg. Wittmann (Soz.) darauf hin, daß vor der Feststellung der Beschlußfähigkeit die Sitzung formell gar nicht stattfindet.

Die Auszählung ergibt die Anwesenheit von 238 Abgeordneten. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Der Vizepräsident bernaht sofort eine neue Sitzung auf 11 Uhr an.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung fragt Vizepräsident Graef, ob der Abg. Schüb (Komm.) sich zu dem Zuruf bekenne: „Sie alter Schieber da oben!“ Es stellt sich heraus, daß Abg. Schüb nicht im Saal ist.

Vizepräsident Graef erklärt, die vom Abg. Schüb gegen den Präsidenten gerichtete Beschimpfung sei so groß, daß ein Ordnungsstuf nicht eine ausreichende Sühne sei. Er schließt darum den Abg. Schüb für den Rest der Sitzung aus.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, mit Rücksicht auf die überlange Dauer der Sitzungen möge den überanstrengten Arbeitern und Angehörigen des Reichstags eine einmalige Zulage von 300 Mark und während der langen Sitzungen warmes Mittagessen gewährt werden.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) erklärt, die Absicht des Antrags sei so durchsichtig, daß er in diesem Augenblick nicht angenommen werden könne. (Lärm b. d. Komm.)

Abg. Koch (Weber, Dem.) schlägt vor, den Antrag sofort dem Vorstand und dem Aeltestenrat zu überweisen. (Zustimmung.) Die von den Kommunisten verlangte sofortige Abstimmung über den Antrag wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und einen Teil der Demokraten abgelehnt.

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert dann dagegen, daß Abg. Schüb von der Sitzung ausgeschlossen wurde, bevor der Präsident feststellen konnte, ob die gerügte Neuerung überhaupt von Schüb kam. Der Redner beantragt Vertagung und sofortigen Zusammenritt des Aeltestenrats.

Vizepräsident Graef lehnt zunächst eine Abstimmung ab. Als er auf lärmende Zurufe der Kommunisten die Unterstützungsfrage stellt, erheben sich nur die Kommunisten.

Einzelberatung der Agrarzölle.

Abg. Georg Schmidt (Nöpenich, Soz.): Der Reichsfinanzler hat beteuert, daß die Regierung nachdrücklich sich für den Preisabfall bei allen im Verkehr kommenden Wirtschaftsorganisationen engagiert habe. Nach den bisherigen Erfahrungen mit diesen Anordnungen sei es schade, daß das Inkrafttreten des Zolltarifs nicht auf den 1. April festgesetzt worden sei. Dann hätte das deutsche Volk diese „Preisberaubung“ als einen Aprilscherz geschenkt erhalten. Der Redner zitiert die Erklärung, die der Reichsfinanzler bei seinem Regierungsantritt abgegeben hat, in der die Sicherung einer ertäglichen Existenz für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Gesundung des Wirtschaftslebens versprochen worden sei. Mit diesen Versprechungen steht die Politik der Reichsregierung im schreiendsten Widerspruch. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Schmidt wendet sich dann in schärfster Weise gegen das Landwirtschaftsministerium, das schon lange als ein Ministerium des Reichslandhundes bezeichnet worden sei. Daß die Sozialdemokratie keine Gegnerin der Landwirtschaft sei, gehe aus dem großen Antrag hervor, den die sozialdemokratische Fraktion zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion gestellt hat. Es sei aber schon immer so gewesen, daß das, was die Sozialdemokratie forderte, erst abgelehnt wurde, um später als Antrag der anderen Parteien wiederzuerfahren. Man braucht in dieser Beziehung nur an das Schicksal der Sozialpolitik zu denken. Diese Wirtschaftspolitik, so schließt der Redner, ist nichts anderes als die Fortsetzung der

Politik des österrischen, altpreussischen Junkertums.

Heute wird wieder die nachste Interessentpolitik getrieben, es wird alles, deutsches Kulturland im Westen verhöchert gegen österrische Junkerinteressen. Einer solchen Politik jagen wir Sozialdemokraten den schärfsten Kampf an. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Als Schmidt (Nöpenich) geendet hatte, erklärt Vizepräsident Graef, er habe bemerkt, daß der ausgewiesene Abg. Schüb den Saal betreten habe; er fordere Schüb zum Verlassen des Saales auf. Abg. Schüb kommt dieser Aufforderung nicht nach. Vizepräsident Graef unterbricht deshalb die Sitzung auf 10 Minuten.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung stellt Vizepräsident Graef fest, daß Abg. Schüb (Komm.) durch seine Weigerung, den Saal zu verlassen, sich automatisch auf acht Sitzungstage ausgeschlossen habe. Von den Kommunisten wird laut gerufen: „Sie haben nicht einmal den Aeltestenrat einberufen!“ Diese Rufe steigern sich, als der Vizepräsident den Abg. Schüb auffordert, nunmehr den Saal zu verlassen. Er erklärt darauf, der Zeitpunkt für die Einberufung des Aeltestenrats sei in dem pflichtmäßigen Ermessen des Präsidenten gestellt. Da Abg. Schüb auch der zweiten Aufforderung nicht folgt, erklärt der Vizepräsident, er habe sich damit automatisch auf 20 Sitzungstage ausgeschlossen. Er werde jetzt den Abg. Schüb gewaltsam aus dem Saal entfernen lassen.

Als in der Pause der Vizepräsident auf einen Moment den Saal betritt, weist Abg. Neubauer (Komm.) auf die noch immer geschlossenen Tribünen Türen und ruf: „Herr Präsident, Sie haben die Unwahrheit gesagt!“ Andre Kommunisten rufen: „Lügner!“ Nach etwa fünf Minuten werden die Tribünenbesucher wieder eingelassen.

Vizepräsident Graef betritt, von kommunistischen Pfui-Rufen empfangen, den Saal wieder und erklärt, er habe in der Zwischenzeit festgestellt, daß nicht Abg. Weber, sondern Abg. Torgler (Komm.) den Zuruf „Schämen sie sich!“ gemacht habe. Die Ausweisung treffe also den Abgeordneten Torgler. Mehrere Kommunisten rufen: „Das haben Sie ja auch nicht einwandfrei festgestellt!“

Abg. Torgler (Komm.) ruf: „Sie haben gelogen, als Sie behaupteten, die Beschlußfähigkeit sei wieder hergestellt!“

Abg. Torgler bleibt im Saale, und die Sitzung wird noch einmal unterbrochen.

Nach dem Wiedereintritt des Vizepräsidenten Graef rufen die Kommunisten: „Sie verlegen ja andauernd die Geschäftsordnung!“ Vizepräsident Graef ruf: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich, wenn Sie nicht Ruhe geben, nicht davor zurückschrecken werde, unter Umständen die ganze kommunistische Fraktion auszuschließen!“ Darauf antworten die Kommunisten mit lauten Protestrufen. Der Vizepräsident weist die kommunistischen Abgeordneten Mützenberg, Neubauer, Weddermeyer und Creutzburg aus dem Saale. Die Abgeordneten bleiben im Saale. Einige Kommunisten rufen: „Greuzburg ist in Hamburg!“

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung stellt der Vizepräsident fest, daß die Abgeordneten Torgler, Giesche, Mützenberg und Weddermeyer noch im Saale sind. Er unterbricht nochmals die Sitzung und läßt die Tribünen räumen, um die Ausgewiesenen gewaltsam entfernen zu lassen. Etwa

17 Polizeibeamte vollziehen den Ausbruch, ohne zur Gewaltanwendung genötigt zu sein. Die Kommunisten rufen: „Wir weichen der Gewalt!“ „Das ist die Zollpolitik der Luther-Regierung!“ Vizepräsident Graef beobachtet den Akt von der Reichsratstribüne. Die Kommunisten rufen: „Er laßt noch dazu, der Pentel!“

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung teilt Vizepräsident Graef mit, daß er nunmehr den Aeltestenrat auf 3 Uhr einberufen habe unter der Voraussetzung, daß bis dahin die Zwischenfälle aufgehört haben.

Abg. Puk (Komm.), der dann das Wort zur Sache erhält, wendet sich zunächst gegen den Vizepräsidenten Graef. Auf der Fahrt von Hamburg nach Berlin hätten mehrere deutschnationale Abgeordnete sich laut unterhalten und gesagt: „Unser Graef hat die Opposition fastgepeitert und peitert sie weiter. Notwendig ist ein tüchtiger General, der von den Herk 200 bis 300 an die Wand stellt!“ (Lärm b. d. Komm.: „Wärbergeißel!“)

Abg. Puk sucht dann nachzuweisen, daß die Zollvorlage eine unerträgliche Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel sei.

Abg. v. Nidthofen (Dem.) verweist auf Ausführungen von Prof. Levy im „Berliner Tageblatt“, in denen nachgewiesen werde, daß Deutschlands Lage in der Weltwirtschaft zur Mäßigung in den Zöllen nötige. Im Interesse der Landwirtschaft liege eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel.

Abg. v. Graefe (Dölk.) wendet sich in scharfen Worten gegen die „Deutsche Tageszeitung“, deren Schriftleiter Adernann seine letzte Rede in verlogener Weise entstellte habe. Die deutschnationalen und der Landbund, dessen Organ die „Deutsche Tageszeitung“ sei, (Widerspruch bei den Deutschnationalen), hätten die Pflicht, dieser schwindelhaften Zollbemagogie entgegenzutreten. Der Redner gerät bei diesen Ausführungen in einen heftigen Wortwechsel mit dem Abg. Laverrenz (Dt.-natl.).

Abg. Frau Wurm (Soz.): Die Agrarier fordern Landwirtschaftszölle zum Ausgleich für die Industriezölle. Das ist nichts anderes als eine kurzfristige Interessentpolitik gegen die Industrie. Die Agrarzölle schaffen keine Autarkie, sondern bringen einen Schutz nur den technisch zurückgebliebenen Betriebsformen. Es ist ein Widerspruch, gleichzeitig Zölle auf Futtermittel mit den Zöllen für Vieh, Fleisch und tierische Veredelungsprodukte zu verlangen. Hier würde ein Schutzoll den andern toteschlagen.

Daß man die Bevölkerung besser und billiger ohne Zoll ernähren kann, zeigt England, das Haupterzeugland für Vieh, Vieh- und Fleischzölle müssen die Fleischsteuer noch erheblich verschärfen. Wir sind gegen diese Zölle auch aus dem Grunde, weil sie die handelspolitische Verständigung erschweren würden. Auch die Erleichterung der Einfuhr von Gefrierfleisch lehnen wir ab. 1924 betrug die Einfuhr von Gefrierfleisch 3,5 Prozent des Gesamtverbrauchs an Fleisch und tierischen Fetten. Eine ernsthafte Konkurrenz durch das Gefrierfleisch kommt also hier nicht in Frage. Wir fordern die

freie Einfuhr des Gefrierfleisches und lehnen die Kontingentierung ab. Die Rückwirkung der Besteuerung des Viehes muß eine weitere Erhöhung von Milch, Butter und Käse bringen. Mit welcher Teuerung wir hier noch zu rechnen haben, geht schon daraus hervor, daß die Fleischmilde, trotzdem sie noch zollfrei eingeführt werden kann, heute schon 35 Pfennig gegen 18 Pfennig der Vorkriegszeit kostet. Wie tief die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung jetzt schon ist, erkennen man daran, daß eine dem Konsumverein angehörige Familie bei uns jährlich für 140 bis 160 Mark kauft, in der Schweiz dagegen für 900 bis 1000 Mark, in England sogar für 1400 bis 1500 Mark.

Wir fordern im Interesse der Autarkie der Landwirtschaft eine durchgreifende Fortbildungspolitik besonders für die Landjugend. Von dieser Zollpolitik wird jedoch kein Auftrieb der Landwirtschaft ausgehen. Aber selbst diese Zölle nennt der unerfährliche Landhund „magere Bißer“. Der Triumph, den heute die Kompromißpartei durch ihre Politik erringen werden, wird die Niederlage von morgen sein. Die arbeitende Bevölkerung wird sich bei einer solchen Politik nicht beruhigen. Sie wird eine Handelspolitik durchsetzen, die nicht einer kleinen Oberschicht, sondern der Mehrheit des Volkes dient. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Obendorf (Komm.) bezeichnet die jetzige Regierung und ihre Reichstagsmehrheit als ein Masseninstrument des Kapitals zur Niederhaltung der Arbeiterschaft. Die Zollvorlage sei dafür der beste Beweis.

Abg. Wisell (Soz.) betämpft die Industriezölle der Vorlage. Die Regierungsparteien hätten in ihrer Erklärung mit erfreulicher Offenheit zugegeben, daß sie selbst die Annahme der Zollvorlage als einen Schritt ins Ungewisse ansehen. Gewiß sei aber, daß die Zölle auf alle Waren verteuern würden und den innern deutschen Markt, noch mehr beschränken würden zum Schaden der deutschen Wirtschaft.

Abg. Meyer (Berlin, Dem.) sieht in den Industriezöllen eine schwere Schädigung der Fertigungsindustrie, der mittlern Landwirtschaft, des Einzelhandels und des Handwerks.

Abg. Bäumer (Dem.) bezeichnet die Begründung der Zollvorlagen als geradezu verantwortungslos.

Abg. Sommer (Dem.) wendet sich gegen die Zölle auf Rohstoffe für die Fertigungsindustrie. Mit den Eisenzöllen habe die Schwerindustrie einen Sieg über die für Deutschland besonders

wichtige verarbeitende Industrie errungen und damit die deutsche Gesamtwirtschaft sehr geschädigt.

Abg. Rosenber (Komm.) sucht an einzelnen Zollpositionen nachzuweisen, daß sie keineswegs die deutsche Wirtschaft fördern, sondern lediglich die Macht der großen Konzerne stärken würden.

Abg. Krähig (Soz.): Ich wende mich einem Abschnitt des Zolltarifs zu, der einen der wichtigsten Zweige der deutschen Wirtschaft betrifft, der die Existenzquelle und Versorgungsquelle für viele Millionen Menschen ist. Das ist die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, in der etwa 2 Millionen Menschen erwerbstätig sind. Was die Regierung mit den Textilzöllen vor schlägt, muß die Existenz dieser Industrie bis zur Unerkennbarkeit erschweren. Das volkswirtschaftliche Ziel müßte sein, den Export konsumfertiger Waren für die Verbraucher zu fördern. Das hat aber zur Voraussetzung, daß der Exportindustrie bei der Lieferung der Vorprodukte alle nur denkbaren Produktionserschwerungen gegeben werden. Die Zollvorlage geht den umgekehrten Weg, sie sorgt am meisten für die Produktionsgruppen, die dem vollendeten Produkt am entferntesten stehen. Man gewährt den Spinnern hohe Garnezölle, damit sie ihre Lasten auf die weiterverarbeitenden Industrien abwälzen können.

Die Kartellwirtschaft ist in der Textilindustrie so stark, daß es ihr ein Leichtes ist, bei den Prohibitivzöllen die Reparations- und Steuerlasten auf den letzten Verarbeiter und den Verbraucher abzuwälzen. Das muß erhebliche Preiserhöhungen der konsumfertigen Ware zur Folge haben. Dadurch wird aber gerade das, was die fertige Ware braucht, der große Absatz auf dem In- und Auslandsmarkt, verhindert.

Die Garnzölle sollen nur dazu dienen, um die reinen Webereien niederzukurrieren und die Existenz der hochwertigen Exportwarenbetriebe zu erschüttern. Letzten Endes werden aber

die Zölle auf den Verbraucher abgewälzt werden. Es droht damit nicht nur allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine noch größere Verelendung, auch die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter stehen vor der Gefahr, daß ihre Existenz untergraben wird. Wenn die Zölle zur Wirklichkeit werden, so muß für die deutschen Textilarbeiter ein wahres Hungertod sein die Folge sein. Während in andern Ländern die Lebensmittelpreise zurückgehen, zeigen sie bei uns eine immer weiter steigende Tendenz. Das ist keine Gesundung unrer Wirtschaft, das ist eine Protektionspolitik für das Kapital zum Schaden der Arbeiter. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Dikmann (Soz.): Die Mehrheit des Reichstags hat es unmöglich gemacht, daß man sich mit dieser so außerordentlich wichtigen Vorlage so beschäftigen kann, wie es die Pflicht jedes Abgeordneten wäre. Ich kann deshalb nur in großen Zügen darauf hinweisen, welchen schweren Schaden die gesamte Wirtschaft, insbesondere durch die Eisenzölle, erleiden muß. Es ist erklärt worden, daß es ohne Eisenzölle keine Agrarzölle gebe nach dem Grundsatz, eine Hand wäscht die andre. Die Eisenindustrie ist die Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft. Sie versorgt die gesamte verarbeitende Metallindustrie, und es gibt keinen Wirtschaftszweig, der nicht in Abhängigkeit von ihr steht. Ueber alle diese Dinge soll jetzt in 20 Minuten gesprochen werden! Was das nicht die Verhandlungen in diesem Hause zur Komödie herabwürdigen? Sie wollen Ihre Beschlüsse ohne jede Beratung fassen und dann das Volk seinem tragischen Schicksal überlassen.

Man spricht von Wirtschaftsnote und von wirtschaftlicher Gesundung. Aber eine Gesundung der Wirtschaft läßt sich nur erreichen durch

Senkungen der Preise und Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen. Sollen die verarbeitenden Industrien billiger produzieren, dann müssen wir eine Senkung der Rohstoffpreise erreichen, dazu muß eine Normalisierung der Produktion, die Verbesserung der Technik und der Betriebsorganisation durchgeführt werden. Ihre Politik der Hochschußzöllerei muß zu einer weiteren Preissteigerung und zur Schwächung der Kaufkraft führen, muß handelspolitische Schwierigkeiten hervorbringen. Neue Krisen und Arbeitslosigkeit werden die Folgen sein. Sie wollen versuchen, die Arbeitszeit auf neue zu erhöhen. Auch das muß zu einer schweren Erschütterung der Wirtschaft führen, denn die Arbeiter werden eine weitere Verschlechterung ihrer Lage kampflos nicht hinnehmen. Dabei sei bemerkt, daß die Behauptung der Unternehmer, die Verkürzung der Arbeitszeit verringere die Produktion, durchaus falsch ist. Nach der Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit bei den Hochöfen hat sich ergeben, daß die Zahl der Arbeiter nicht um 50 Prozent, wie vorher behauptet wurde, sondern nur um 11 Prozent erhöht werden brauchte. Dabei ist aber die Produktion um 8 bis 9 Prozent gestiegen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was Sie bezwecken, geht ja auch aus dem Beschluß der nordwestlichen Gruppe der Eisenindustriellen hervor, die den Schiedspruch mit einer 5prozentigen Lohnerhöhung mit einer 5prozentigen Arbeiterentlastung beantwortet hat. Wo hat die Regierung ihre Veräter für diese Zollvorlage hergenommen? Sie nahm ihre Sachverständigen aus den Kreisen der

Interessenten und kurzfristigen Profitjäger. Man kann hier schon von einer Versicherungsgeellschaft auf Gegenseitigkeit sprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Eisenzölle sind nicht anders als die Ausführung der Beschlüsse des internationalen Kartells, das der deutschen Regierung seinen Willen aufzuzwingen hat. Die Schwerindustriellen wollen jetzt die Kontingentierung des Marktes erreichen, sie wollen die Preise diktieren, und zu gleicher Zeit die Arbeiter niederhalten, um ihre eigene Macht zu erhöhen. Um den Markt zu teilen, haben sie mit den verarbeitenden Metallindustriellen ihr Abkommen geschlossen und außerdem das Geschäft Agrarzölle gegen Eisenzölle gemacht. Dem Handwerker will man die Eisenzölle mit schönen Sprüchen schmachten machen. Unter der Devise „Gott schütze das ehrsame Handwerk“ soll ihm die Lebensmöglichkeit noch mehr erschwert werden, und zu dem Spruch „Unser täglich verteuertes Brot gib uns heute“ gibt das Zentrum seinen Segen. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Abg. Kenzler (Komm.) wendet sich gegen die Automobilzölle.

Abg. Bartschat (Dem.) führt aus, das Handwerk werde auf das schwerste geschädigt durch die Verteuerung der notwendigen Rohstoffe im Zolltarif.

Dann wendet sich das Haus der Besprechung der Uebergangsvorschriften des Ermächtigungsparagraphen und der sozialen Bestimmungen der Vorlage zu.

Abg. Frau Sender (Soz.) hält den Regierungsparteien vor, daß sie bei ihrer Steuerpolitik 80 Prozent der Lasten auf die Massen abwälzen hätten und bei der Zollpolitik denselben Weg verfolgten. Gestügt auf ihre Mehrheit hätten die Regierungsparteien ihre Konsumterbelastung durchgeführt, ohne sich auch nur auf eine Erörterung mit der Opposition einzulassen. Die Gesetzgebung sei zu einem Diktat der Mehrheit geworden. Das sei die Folge des Rechtschwentens der deutschen Wähler, die die Quittung durch eine Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel erhalten würden, — eine zwangsläufige Folge der Zollvorlage.

Die Mederlin wendet sich gegen die Behauptung, die Opposition hätte unsachlich gearbeitet. Gerade den Regierungspar- teien müsse man unsachliche Arbeit vorwerfen, wie sie es z. B. bei der Umschlagsteuer bewiesen hätten, wo sie an einem Tage einen sozialdemokratischen Antrag auf Entzug auf 1 Prozent abge- lehnt und am nächsten Tage einen gleichen Antrag eingebracht hätten. —

Abg. Breitscheid (Soz.):

Es hat sich mit aller Deutlichkeit herausgestellt, daß es un- möglich ist, auch nur das Notwendigste in dieser kurzen Zeit zu dieser Vorlage zu sagen. Bei den Regierungsparteien war nichts anderes maßgebend als der Wunsch, dem Reichstag ein Diktat in der denkbar kürzesten Zeit aufzulegen, mag auch die sachliche Arbeit darüber zum Teufel gehen. Die Regierung soll in die Lage versetzt werden, mit Hilfe einer andern Instanz den Zolltarif jederzeit abändern zu können.

Die Regierung hat immer wieder erklärt, sie müsse etwas in der Hand haben, um bei den Vertragsverhandlungen abhandeln lassen zu können. Von Hause aus handelt es sich um Maximal- sätze, und um davon herunterzugehen, bedarf es keinerlei Er- mächtigung für die Regierung. Sie kann das tun, ohne das Plenum zu berufen, ohne eine andre Instanz in Anspruch zu nehmen. Mit dieser Praxis machen Sie aber das Gegenteil von dem, was die Regierung vorher gesagt hat, Sie schaffen keine feste und sichere Grundlage, sondern Sie bringen neue Un- sicherheit in die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Trotzdem heißt es immer noch in der Begründung des Gesetzes, daß man damit aus der Unsicherheit herauskommen wolle. Von größter Wichtigkeit ist der § 3a nach der verfassungsmäßigen Seite. Hier soll ein Gesetz geschaffen werden, gleichzeitig erhält aber die Re- gierung die Ermächtigung, ein neues Gesetz zu schaffen, ohne dazu erst den Reichstag hinzuzuziehen. Sie schaffen damit

ein Verordnungsrecht, für das in der Weimarer Verfassung die Grundlagen fehlen.

Meine Ausführungen deuten sich im wesentlichen mit der Stel- lungnahme des Juristentags von Amberg vom Jahre 1921, dessen Vorsitzender der Abg. Kahl war. (Der Abg. Kahl nickt dazu.) Im Ausschuß ist gesagt worden, wir müssen endlich die verfig- teten Zollkämpfe aus dem Plenum herausbringen. (Hört, hört! bei den Soz.) Warum hat man denn nicht den ganzen Zolltarif mit Hilfe des § 3a gemacht? Schließlich noch

ein Wort an das Zentrum:

Wir haben uns in den letzten Tagen wiederholt auseinander- gesetzt. Aber ich darf wohl feststellen, daß auch Sie noch auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen. Sie müssen also diesen verfassungsmäßigen Bedenken Rechnung tragen. Wir haben über den Begriff der Demokratie immer noch die Auf- fassung des Abg. Blich, wonach er sich bei Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf die Seite der Arbeiter schla- gen würde. Wir werden ja in der Lage sein, vor den Arbeitern unsere Auffassungen darzulegen. In diesen Wirtschaftspragen stellt sich das Zentrum aber auf die Seite derjenigen, die die Wirtschafts- und Handelspolitik nicht mit der Sozialdemokratie zusammen machen wollen. Ich hätte gewünscht, daß Sie auch in den Wirtschaftsfragen mit den Verfassungsparteien zusammen- gearbeitet hätten. Hier wird der Versuch unternommen, eine Diktatur aufzurichten. Das sollte das Zentrum doch den Gegnern der Republik allein überlassen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Meyer (Verlin, Dem.) teilt die rechtlichen Bedenken gegen den Ermächtigungsparagrafen und lehnt ihn ab.

Abg. Hohenberg (Stomm.) schließt sich der Auffassung des Abg. Dr. Breitscheid in der Frage des Ermächtigungsparagrafen an und lehnt ihn als verfassungswidrig ab.

Abg. Everale (Komm.) lehnt insbesondere die beabsichtigte Erhöhung des Geprägegeldes ab.

Abg. Rödel (Stomm.) bezeichnet schon die Formulierung des Wohlfahrtsparagrafen als launiges Versuchsmannöver.

Abg. Guldacker (Dr.-med.) stellt fest, daß der Abg. Gräfe die Ausführungen der „Deutschen Tageszeitung“ gegen den An- trag v. Gräfe auf Wiedereinführung der Mindestzölle für Ge- zeide unrichtig wiedergegeben habe.

Damit ist die Beizprechung sämtlicher Abschnitte der Zollvor- lage erledigt, und es soll nunmehr zur Abstimmung kommen.

Der Abwürgungsantrag der Mehrheit.

Eingegangen sind folgende Anträge der Regierungspar- teien:

1. Zum Folgegesetz über alle Anträge, die zu den §§ 1 bis 7 des Gesetzes gestellt sind, zur Tagesordnung überzugehen. (Lebh. Ruf: Inerhört! und Ruf: Inerhört!)

2. Die zu den Artikelpositionen gestellten Ausschlußbeschlüsse in einer einzigen Abstimmung anzunehmen. (Große Unruhe links und Ruf: Inerhört!)

Präsident Lohse bezieht sich auf den Antrag: Im § 4e ununter- geordnetes Gesetz heißt es über die zweiten Beratungen: „Die

Einzelbesprechungen erfolgen der Reihenfolge nach, ebenso jede Abstimmung.“ Nach Beschluß macht die Abstimmung über Heberichs und Einleitung. Nach Schluß jeder Einzelbesprechung wird abgestimmt.“ Diese Bestimmung wird dann in § 42 folgen- dermaßen ergänzt: „Neben mehrere Paragraphen oder Teile eines Gesetzesentwurfs kann gemeinsam abgestimmt werden; über Staatsverträge wird nur im ganzen abgestimmt.“ Dieses Wort „gemeinsam“ wurde bisher dahin aufgefaßt, daß wir die Abstimmung nicht, wie es § 4e vorschreibt, nach dem Schluß jeder Einzelbesprechung vornehmen müssen, sondern zusammen- fassen können am Schluß der Beratung eines ganzen Gesetzes oder von Teilen desselben, aber nicht darin, daß in einer einzigen Abstimmung alle Anträge und Paragraphen erledigt werden können. Das ist aber eine Frage der juristischen Aus- legung. Nebenfalls wird ein Streit darüber jetzt nicht durch juristische Belehrung geschlichtet werden können. Der besondere Abg. über Staatsverträge scheint mich in meiner Auffassung zu bekräftigen. Ich habe dieser Auffassung im Verleihenrat Ausdruck gegeben, ohne irgendeinen Widerspruch zu finden. (Lebhafte Zustimmung, hört! links. Widerspruch rechts.) Ich habe wenigstens von einem Widerspruch nichts gehört. Ich glaube kaum, daß in diesem Augenblick jemand noch überzeugt werden kann und werde die Entscheidung durch Abstimmung vornehmen lassen.

Abg. Leicht (Bayr. Rep.): Ich möchte auf das Vorgehen von 1902 hinweisen (Ruf links: Ein schönes Muster!), wobei auch über eine große Anzahl von Positionen abgestimmt wurde. (Abg. Schöler ruf: Der Geist von Kardorffs geht um.)

Bei den Kommunisten entsteht ein großer Lärm, da ein Kriminalbeamter sich an einer der Eingangstüren zum Sitzungs- saal zeigt.

Präsident Lohse: Ich will darauf hinweisen, daß damals, im Jahre 1902, nicht die Paragraphen des Zolltarifs in einer Abstimmung zusammengefaßt wurden, sondern im Gegenteil die Positionen als Anlage zu dem ersten Absatz des § 1 des Zoll- gesetzes galten. Aber auch gegenüber dieser Handlungsweise hat der damalige Präsident Graf v. Helldorf ausdrücklich seine Be- denken erklärt (hört, hört! links) und außerdem diesen Bedenken Ausdruck gegeben dadurch, daß er sich bei der namentlichen Ab- stimmung der Stimme enthalten hat.

Abg. Müller (Franken, Soz.): Vom § 7 ab liegen Anträge der Regierungsparteien vor. Da also soll das übliche Ver- fahren stattfinden. (Hört, hört!) Bei den Anträgen der Oppo- sition soll Gewalt vor Recht gehen. Es soll der Wider- stand das Recht genommen werden, zu ihren Anträgen etwas zur Begründung zu sagen. Ein solches Verfahren ist in diesem Hause noch nicht dagewesen.

Abg. Koch (Dem.): Es ist eine haltlose Konstruktion, wenn man das Wort „gemeinsam“ als „im ganzen“ auslegen will. Dann würde der Gesetzgeber wohl das allgemeine übliche Wort „im ganzen“ gewählt haben. Gerade wenn man verschiedene Aus- drücke gewählt hat, so besagt das, daß man auch etwas Verschiede- nes sagen wollte.

Es folgt eine Erklärung des Abg. Wels, die wir an der Spitze des Wartes geben.

Den Sozialdemokraten verlassen den Saal.

Abg. Aueren (Komm.) bezeichnet das Vorgehen der Rechts- parteien als einen Heberich auf die Minderheit. Die Kommuni- stinnen klaffen Beifall und verlassen dann mit dem Rufe „Nieder mit der Zollwucherermehrheit!“ geschlossen den Saal.

Abg. Graefe (völk.) hält es für berechtigt, wenn die Mehrheit von ihrer Macht gegen die Opposition Gebrauch macht.

Abg. Heberich (Ztr.) sucht nachzuweisen, daß die Geschäfts- ordnung doch das Verfahren der Regierungsparteien zulasse.

Abg. Koch (Weser, Dem.) bleibt dabei, daß das Vorgehen der Regierungsparteien schon bei den Steuerparagrafen und noch mehr bei der Zollvorlage mit wahren Parlamentarismus nichts zu tun habe. Die Demokraten würden sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

Bei der Abstimmung über die Anträge erheben sich die Mit- glieder der Regierungsparteien mit Ausnahme mehrerer Zen- trumskabgeordneten.

Die gesamte Zollvorlage wird in der GesamtAbstimmung in zweiter Beratung angenommen.

Um 12 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Zollvorlage, die zweite und dritte Beratung der Amnestievorlage und die Be- ratung verschiedener Handelsverträge. —

Die Pensionen der Vertriebenen

Anläßlich der Zeitung Oberchleffens wurde zwischen den beiden Knappschäftsvereinen Gleiwitz, Deutsch-Ober- schleffens und Tarnowitz, polnisch-Oberschleffens, ein Vertrag abge- schlossen, nach dem bis zur endgültigen Regelung der Vermögens- auseinandersetzung den nach beiden Seiten Oberschleffens ver-

drängten Bergleuten die erworbenen Rechte der Pensionen- kasse ohne eine besondere Anerkennungsgeldzahl erhalten bleiben- sollten. Diesen Vertrag hat Polen durchbrochen.

Die polnische Knappschäfts- hat neuerdings eine Be- stimmung herausgegeben, nach der alle nach Deutschland geflüch- teten Bergleute, die nach dem 30. Juni 1923 von der Knappschäfts- verein in Deutschland übernommen wurden, vom 1. April 1925 zur Erhaltung ihrer wohlverworbenen Rechte eine Anerkenn- ungsgebühr von monatlich 50 Pfg. zahlen müssen.

Die oberchleffische Knappschäfts hat zwar eine entsprechende Bekanntmachung auf den Gruben veranlaßt, doch dürfen nicht wenige erworbene Anrechte an den polnischen Knappschäftsverein zu Tarnowitz verlorengelassen, wenn nicht die Anerkennungsge- bührenzahlung von einer Stelle besorgt wird. Den durch die Ver- treibung schon hart getroffenen Bergarbeitern muß die Sicherheit gegeben werden, daß ihre knappschäftlichen Anrechte erhalten bleiben, ohne daß sie selbst die Anerkennungsgebühren zu zahlen brauchen. Nach deutschem Rechte bleiben die einmal erworbenen Anrechte an den Knappschäftsverein erhalten, solange der Be- ständige einer Grubenarbeit nachgeht.

Sollen gegenüber diesen vertriebenen Deutschen keine wei- tern Schädigungen eintreten, so muß von dem Reich — am zweck- mäßigsten durch Vermittlung der oberchleffischen Knappschäfts- die Zahlung dieser Anerkennungsgebühren erfolgen. Dabei kommt die bei Invalidität der Bergarbeiter zu zahlende Pension indirekt auch dem Staate zugute.

Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb folgenden Antrag im Reichstag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, der oberchleffischen Knappschäfts zu einem Betrag von 2000000 Mark als Fonds zur Ver- fügung zu stellen. Die aus diesem Fonds fließenden Zinsen sind zur Zahlung der Anerkennungsgebühren für die aus polnisch- oberchleffischen vertriebenen Bergarbeiter an den polnischen Knapp- schäftsverein zu verwenden. —

Ein Gespräch.

„Der Andre“: Wie sehr bedauere ich Sie, daß eine kleine Schwierigkeit Sie heute verhindert, in Halberstadt zu sein und Hitler, den Führer Ihrer Bewegung zu hören.

„Er“: Nun hören Sie aber auf; Hitler ist weiter nichts als ein großer Strich. Die ganze völkische Bewegung ist für ihn nicht anders als ein Geschäft. Er denkt nur an sich selbst, dieser bühnische Kommunist. In der deutschen Bewegung hat er überhaupt nichts zu suchen. Das habe ich auch Erzengel Ande- dorff gesagt, der in der Beurteilung dieses Menschen mit mir völlig übereinstimmt, sich aber an ihn gebunden fühlt, weil er sich eben einmal mit ihm eingelassen hat.

„Der jüdische Herr“: Darin stimme ich mit Ihnen voll- kommen überein. „Deutschvölkische Jünglinge“: (Sagen nichts, sondern sperren nur den Mund auf).

„Der Andre“: Sie haben vorher so bedeutungsvoll gemeint, als von der Reinigung des öffentlichen Lebens die Rede war?

„Er“: Das haben Sie richtig beobachtet. Ich halte mich für den Reiner der öffentlichen Lebens. Nicht nur Hitler muß verschwinden, sondern viele, viele andre auch. Sehen Sie da z. B. diesen Rothardt, einen solchen Duffel wie den, habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen. Der Mensch hat den ganzen Ebert-Prozess verpaßt, indem er eine politische Sache aus ihm gemacht hat. Ich habe ihn auch sofort von seinem Redakteurstuhl weggejagt. Und was in den völkischen Kreisen geschehen wird, das ist geradezu furchtbar. Alle diese Leute müssen weg. Und von dem Mahraun, da könnte ich Ihnen Geschichten erzählen, den kenne ich ganz genau, auch den Vor- manu kenne ich.

In diesem Augenblick wurde der Redestrom des großen Mannes unterbrochen, so daß nicht mehr festgestellt werden konnte, ob er für oder gegen Vornann sei.

Wer ist nun der große Mann? Er ist kein blutroter Kom- munist mit dem Sowjetstern, er ist kein Sozialdemokrat, kein Demokrat, kein Zentrumsmann, auch kein Deutschnationaler oder Deutschvolksparteiler; er ist der große Reiner der Völk- schen, der bedeutende Hans Spillentrotz aus Staßfurt, der sich also in der Pause vor seiner Beurteilung zu 1000 Mark Geldstrafe in dem Verleidenprozess des Oberpräsidenten Her- ling gegen ihn im Schöffengerichtssaal in Magdeburg verurteilt voll vor offen mit dem Reichsbannerabzeichen geschmückten Herren, vor Christen und Juden, Deutschvölkischen und Demokraten, Sozialdemokraten und Deutschnationalen ausließ. . . —

Lebenswende.

Roman von Alfred Schölkau.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.

(1. Fortsetzung.)

Redaktion verboten.

Die eigenen Dinge in den Läden des Kais Hirtens, die Tage warteten, die Sonne schickte sie auf dem stillen Wasser des Deffens, die Schiffe lagen an Land. Jeder schlief sich die dunklen Lippen der Weiber, erstarb und bangen wurden die Augen der Kinder, die auf die hellere Seite saßen. Mauer und heller schauten die Dörfer drin. Summen und verhaltenen Stimmen der Männer hinhin zum Dörf.

Dieses Dorf dachte sich immer die Dörfer. Wie eine An- zeltenteller lag es da mit seinen Häusern, seinen Gärten, alle neben- einander aufgereiht auf der einen kleinen Seite. Jedes Hauschen hatte sein Schindeldach wie eine Zinnenmauer tief in die Seiten gedrückt. Die Häuser, wiegeligen Augenpaare schauten auf das in der Tiefe einander Meer.

Summen und dieses Hing der Zug zum Dörf hinaus. In der Mitte der Seite lag das „Haus“ des Kaufmanns Erickson. Er war der König der Insel. Seit unendlichen Geschlechtern hatten die Ericksons die Handelshäuser mit allem versehen, was des Lebens Bedürfnis forderte: mit Rohstoffen, mit Kleidung, mit Schokolade, mit Pfeffer und Gewürzen. Bei Ericksons war alles zu haben. Besonders waren sie durch einen einst jähren- schen Handel mit dem Festland für die Kaufleute ihrer Inseln.

Wenig im Hafen lag der kleine Erickson, der die Seite des Meeres „zum Land“ — man nannte auf der Insel Erzeron, das irgendwo dort draußen lag, trat nur „des Land“ — fähre und die unendlichen Waren geschickte, die alle Arten des Magazins füllten und an der niedrigen Ladentreppe baumelten, hängten und lebe sich wiegen. Es war ein jüngerer, kleinerer Zwilling, dieser Handelskünstler des Kaufmanns von Ranzheim. Er führte auch ein lebhaftes Geschäft am Tag und ließ „Comptoir“.

Wenig und das davorlag Erzeron. Eine Kasse nach einem unendlichen Janusmann schickte, in dem die Wagen drängen wie Schiffe im Hafen ein halbes Duzend Segler und Dampfmaschinen hatten, hing dieses hübsche, handliche Ge- schäft mit dem meisten köstlichen Käse zwischen dem Häusern der Kasse an der Weite. Um die handigen Hüften hing es einen Gürtel, den die Wellen ganz aufhängen geschick, aber doch nicht ganz lassen können. Er hing den Namen der Dörf. So sah man, daß sie Erzeron geschick war.

Der brave Erickson erstand sie für ein paar Pfennige von dem Fischer, der sie aus ihrer bestkennenden Lage befreite. Da er bei all seiner Gerechtigkeit ein abergläubischer Burche und von der Glückbringerhaft solcher Seefenden überzeugt war, ließ er die kostbare Perlen an seinen Knien nageln.

Endem führte das Handelsgeschäft den schönen Namen Erzeron, der dem wackeren Erickson so glücklich und vornehm im Ihre Rang, daß er mit ihm auch das kleine Mädel, das ihm in jener Sturmnacht geboren wurde, wie mit einem jeugenden Hüter behing.

Jetzt stand Herr Erickson breitbeinig vor der Tür seines Hauses, des einzigen, wirklichen „Häuses“ der Insel, mit Bad- einwandern und Schieferdach, bohrte die Hände in die Taschen seiner weiten Schweißhosen und blickte unwillig dem düstern Zuge der Fischer entgegen. Trotz der heißen Preise, die über die Insel ging, bewegten sich die nach beiden Seiten des Kümmes wie Speer- schäfte hinaus drohenden Koteletten nicht. Denn es war eine ganz Karawane, die Herr Erickson nach Ranzholm importierte.

Die Männer waren auf der Höhe vor Ericksons Magazin angelangt. Ohne sich zu rühren, verperrte der Kaufmann mit seinem breiten Rücken den Eingang zum Laden, aufsterte ge- lachend ein der schlaffen Kehle nach dem andern und sagte endlich höflich: „Guten, bringt mir also von den Fischen, die ihr da mit- gebracht habt.“

Die Fischer blickten ihn an, blickten einander an, blickten auf ihre armeligen Netze und fanden kettschiff. Schließlich nickte Klaus Varjen Herrn Erickson seinen Gang entgegen. „Recht die Probe, zum Vergleichen.“ bedeutete Erickson entgegenkommend.

Da ging dem Alten die Gasse ins Hut. „Schöpfungswort“, brüllte er los, „wiltst Du den Fisch oder wiltst Du ihn nicht.“ Jetzt wurde auch der andere der Hut. Sieben Fischnege zappelten vor des Kaufmanns unter Gedächtnisse. Er schling sie mit der Hand heilste.

„Das in Uter Rang?“ tief er während. „Das bringt ihr nach Hause, nachdem ihr vierundzwanzig Stunden da draußen herumgeirrt seid. Ihr schließt wohl da draußen, he? Laßt Euch nicht einwiegen von der Dämmung, he? Dazu halt ich der Kutter? Dazu mache ich mir an die Inseln? Die Fracht laßt mich ja mehr als Eure paar laufigen Gräten mit ein- bringen.“

Die Fischer fanden betreten und wagten keine Ergegung. Endlich kamte der alte Klaus: „Diese vermaldeiten Dampf.“

„Ja“ rief Erickson und schickte mit der rechten Hand vor seinem Kopf weiter. „Dumme Koteletten. Also her damit, denn's auch kann das Meeres laßt.“

Und er karrte in das Dunkel des Labens. Die Fischer

pollerten hinter ihm drein. Dann standen sie um die Wage und wurden bleich unter der metallisch roten Wetterglatur der Feder- knochen, als Erickson ihnen die kläglichen Rikel in die Hand- flächen schnippte.

Einer ertönte sich zu murren. Vernichtend blickte der Handelsmann ihn an. „Wenn's Dir nicht genug ist, braum Du's nur zu sagen.“ Er hielt ihm sein Netz entgegen. „Mann, es Dir selbst ans Land bringen, spar ich die Frucht und die Arbeit.“

Und als der Fischer ängstlich bergend die Finger über seinen kläglichen Verdienst schloß, strich Erickson mit der linken über die dräuenden Speeren des Bartes und sprach wie zu ihm selbst: „Ausverdammt Red. Alles wollen sie selbst schluden. Wo bleibe ich, der das ganze Risiko trägt, und der Händler am „Lande“ und der Detallist, das kommt ihnen nicht bei. Dazu sind sie zu dämlich.“

Mit einem Male warf er sich in die Krut und stieß wie einen Schlachtruf die Worte aus: „Handelsgeist, Leute, Handels- geist.“

Die Männer nickten beäugelt und dachten sich gar nicht. Auch Erickson verband im Grunde herzlich wenig Sinn mit seiner einschüchternden Kriegsgeheir, ließ ihn aber stets ertönen, wenn er die armen Teufel wieder einmal tüchtig übers Ohr gehauen hatte. Und er ergielte damit bei sich und ihnen immer eine ge- waltrige imponierende Wirkung.

Das nächste Netz flog in die Schale der Wage, da stand plötzlich Erzeron im Kreise der Männer. Im Grimm des Handels hatte keiner ihr Kommen bemerkt. Offenbar war die Gallionspatin ihr zum Ruffen geworden. Denn sie war die emsig nachgeraten und zu einem ebenjochönen, drallen und feinen Werkstoff herangewachsen.

Nicht hinter dem Bootsmann Tom Pieterien trat sie und blickte über seine Schulter fort nach der Wage. Dabei lehrte sie — wohl im Eifer des Schauens — die warmen Prüfte in die an des Fisches Rücken. Er fühlte ihren Atem im Nacken, sah den Kopf zur Seite und trat einen Schritt vorwärts. Da sah sie ihm einen jähren Stöß zwischen die Rippen, zückte ihm zu: „Kölpel“ und verlor jährlings das Interesse an dem Geschäft des Wiegens.

Doch als die Fischer stumm und verblissen das Magazin ver- liegen, stand sie in der Tür. Und als Tom Pieterien sich hin- drückte wollte, war der Ausgang so eng geworden, daß er sich nicht am Leibe des jungen Weibes vorbeizwängen mußte. Doch er drückte sie gelinde zur Seite und stampfte erschafft und unbedrossen hinter seinem Bootspatron Klaus Varjen her- Erzeron aber bis die großen, blanken Zähne tief in die Lippen und kaskte die Säufte leidenschaftlich hinter ihm drein.

(Fortsetzung folgt.)

Die Forderungen der Jugend.

Die Hamburger Entschliessung über die Forderungen der arbeitenden Jugend hat folgenden Wortlaut:

„Die gemeinsame Konferenz der Delegierten des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands und der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes richtet an die gesetzgebenden Körperschaften der deutschen Republik das dringende Ersuchen, die nachstehenden lebenswichtigen Jugendforderungen so schnell wie möglich gesetzlich festzulegen:

1. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden, einschließlich der Zeit für den Besuch der Fortbildungsschule und der Zeit für die Aufräumungsarbeiten; Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe am Sonnabend mittag; Verbot der Nachtarbeit und Festsetzung der Altersgrenze für Schutzbestimmungen für Jugendliche auf 18 Jahre.
2. Gesetzliche Sicherstellung eines bezahlten Urlaubs von drei Wochen für die erwerbstätigen Jugendlichen und Lehrlinge bis zum 16. Lebensjahr und von zwei Wochen für die Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr.
3. Reform der Berufsausbildung unter Berücksichtigung der Wiederholtheit von den Organisationen der arbeitenden Jugend gestellten Anträge hinsichtlich der Begrenzung der Höchstdauer der Lehrzeit auf drei Jahre, der Ueberwachung in der Berufsausbildung durch paritätische Kommissionen, Sicherung des Ausbildungsrechts der Lehrlinge und der Anerkennung des Rechtes der Gewerkschaften auf Festlegung der Arbeitsbedingungen für Lehrlinge in den Tarifverträgen.

Die Konferenz nimmt mit großer Genugtuung Kenntnis von den Erklärungen der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, daß diese Organisationen gewillt sind, sich für die Verwirklichung der obengenannten Forderungen tatkräftig einzusetzen. Sie begrüßt es ferner, daß der Ausschuss der deutschen Jugendverbände sich die hier genannten Forderungen hinsichtlich der Arbeitszeit und der Ferien zu eigen gemacht hat und erklärt, daß sie alle Maßnahmen des Ausschusses zur Verwirklichung seiner Beschlüsse auf diesem Gebiet nachdrücklich fördern wird.

Die Konferenz ist sich darüber klar, daß in dem Verlangen nach ausdehnendem Jugendschutz die Verpflichtung für alle Jugendarbeit leistenden Organisationen eingeschlossen ist, dafür zu sorgen, daß die der Jugend gewährte freie Zeit in zweckmäßiger Weise zu ihrer

Körperlichen, geistigen und sittlichen Erziehung

verwendet wird. Die an der Konferenz beteiligten Organisationen werden nach besten Kräften an der Erfüllung dieser Aufgaben im Rahmen ihrer Erziehungsarbeit mitwirken, die Konferenz fordert sich aber gleichzeitig an alle öffentlichen Körperschaften, an die staatlichen und kommunalen Behörden mit dem dringenden Ersuchen, durch Schaffung und Unterstützung von Jugendheimen, Spielplätzen und Ferienheimen und durch die Gewährung sonstiger Erleichterungen der erwerbstätigen Jugend die fruchtbare Ausgestaltung ihrer Freizeit zu ermöglichen.

Die Konferenz erklärt weiter, daß sie über die hier genannten Gegenwartsforderungen hinaus festhält an den Jugendschutzprogrammen, die die Reichskonferenz der sozialistischen Arbeiterjugend und die Jugendkonferenzen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes bereits früher als Grundlage für ihre soziale Arbeit im Interesse der Jugend beschließen haben. Diese Organisationen erstreben mit der Verwirklichung dieses Programms

keine Vorrechte für die erwerbstätige Jugend,

sondern sie sehen in der Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen eine wesentliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg des deutschen Volkes.

An die Mitglieder der auf der Tagung vertretenen Organisationen richtet die Konferenz die dringende Aufforderung, die Erreichung des Zieles zu fördern durch eine rege Propaganda der Jugendschutzbestrebungen, der erwerbstätigen Jugend in Stadt und Land, durch eine tatkräftige Mitarbeit in den sozialistischen Jugendverbänden und vor allem auch durch eine reifliche Organisierung in den freigewerkschaftlichen Berufsorganisationen.

Nachrichten aus der Provinz.

Neuerungen der Invalidenversicherung.

Die Invalidenversicherung hat eine einschneidende Umgestaltung erfahren. Vom 1. August an ist der Grundbetrag der Invalidenrente von 120 Mark auf 168 Mark erhöht. Das sind also monatlich 4 Mark mehr. Die Rente beträgt also nunmehr ohne die sich aus der Beitragsleistung ergebenden Steigerungssätze mindestens 20 Mark im Monat. Für die nach dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge wird bei einer Rentenfestsetzung die Rente um 20 v. H. (bisher nur um 10 v. H.) gesteigert. Die bis zum 1. August 1925 bewilligten und an diesem Tage noch laufenden Renten erhalten von da an die Leistungen nach dem erhöhten Grundbetrag. Ansprüche auf Leistungen, für die das Feststellungsverfahren vom 1. August 1925 schwebt, unterliegen den neuen Vorschriften.

Die älteren Renten erhalten also keine Aufbesserung aus der günstigeren Anrechnung geleisteter Beiträge. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 18 Jahren zu erhalten, so können auch andere als eheliche sein, so erhöht sich für jedes von ihnen die Invalidenrente um 7,50 Mark monatlich. Bislang betrug dieser Kinderzuschuß nur 3,50 Mark pro Monat.

Gleichzeitig werden die Beiträge in allen Lohnklassen erhöht, und es ist außerdem eine neue Lohnklasse 6 aufgebaut worden. Vom 28. September 1925 müssen nach dem Bruttoeinkommen auch der durch Nebenstunden usw. verdiente Lohn zuzurechnen ist, versichert werden:

In Lohnklasse	Personen mit einem wöchentlichen Arbeitsverdienst von mehr als	Mit einem Wochenbeitrag in Pfennigen von
1	12.00	25
2	12.00	50
3	18.00	70
4	18.00	100
5	24.00	120
6	30.00	140

Erhalten die Beschäftigten außer dem Verlohn auch Sachbezüge, wie freie Wohnung, Verpflegung usw., so muß der Wert hierfür dem Verlohn zugerechnet werden. Verlohn und Wert der Sachbezüge zusammen ergeben den Beitrag, nach dem die Beiträge zu entrichten sind, der angegebene Beitrag ist je zur Hälfte von dem Versicherten und dem Arbeitgeber zu tragen. Für Versicherte, deren wöchentliches Gesamteinkommen 6 Mark nicht übersteigt, die also im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachgen-Anhalt der Lohnklasse 1 angehören müssen, sowie für Lehrlinge muß der Arbeitgeber die vollen Beiträge (wöchentlich 25 Pfennig) allein tragen. Es können also diejenigen Versicherten keine Abzüge für Beiträge mehr gemacht werden.

Besondere Neuerungen sind auch für die freiwillige Versicherung eingeführt worden. Bei der Selbstversicherung und Weiterversicherung sind Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse 2, zu entrichten. Freiwillig Versicherte erwerben Renten bei den Verkaufsstellen des Anhaltsbezirks, also den Postämtern. Freiwillig Versicherte können die Versicherung im Ausland fortsetzen. Eine Doppelversicherung (bei der Angestellten- und Invalidenversicherung) soll im allgemeinen nicht mehr stattfinden. Sind für einen Versicherten Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet, obwohl er angestelltenversicherungspflichtig ist, so dürfen die zur Invalidenversicherung entrichteten Beiträge nur insoweit beantragt werden, als die Nachentrichtung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung statthaft ist.

Der preussische Saatensstand Anfang August.

Wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ der „Statistischen Korrespondenz“, entnimmt, zeigen die Beobachtungsziffern aus 3820 Berichten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner eine nicht ganz unbedenkliche Verteilung der Saatensituation und damit der Ernteausichten gegen den Vormonat, was in erster Linie auf die anhaltende Dürre zurückzuführen ist.

Der Winterertrag hat um 0,1, der Weizen um 0,2 Einheiten gegen den Juli nachgegeben, während Wintergerste und Getreide aus Wintergetreide ihren Stand behauptet haben. Beim Sommergetreide hat sich einzig der Sommerertrag um 0,2 Einheiten verschlechtert, der Hafer um 0,1 gebessert. Hülsen- und Hackfrüchte, Futterpflanzen usw. haben durchweg eingebüßt, am stärksten Klee, Luzerne, Riesel- und gewöhnliche Einheiten um je 0,4 Einheiten.

Erfreulicherweise hat die Juliheide den Kartoffeln und Zuckerrüben etwas weniger geschadet, die mit 2,9 immer noch etwas besser als mittel liegen. Eine ganze Reihe von Fruchtarten wird jedoch schlechter als mittel bewertet.

Die Erntearbeiten sind infolge der hierfür recht günstigen Witterung bereits sehr weit vorgeschritten. Die Wintergerste ist durchweg geerntet; der Winterertrag ist meist schon vollständig gemäht, zum Teil auch eingefahren. Die Heuernte des ersten Schnittes von Futterpflanzen, insbesondere Klee und Weizen, ist im ganzen beendet. Der Menge nach war das Ergebnis nicht immer zufriedenstellend; wenn auch die Qualität meist gut genannt wird. Das Heu hat in den östlichen Bezirken durch den reichlichen Regen im Juni häufig gelitten. Der zweite Schnitt fällt recht dürftig aus und ist vielfach überhaupt in Frage gestellt. Die Aussichten für die Viehfütterung sind demnach nicht als erfreulich zu bezeichnen. Das Auftreten von Schädlingen scheint sich in diesem Jahre in engeren Grenzen zu halten als im Vorjahr.

Gefährdung der Wälder durch Wandergruppen.

In der letzten Zeit mehren sich die Nachrichten darüber, daß Wandergruppen zum Zwecke des Abklopfens offene Holzfeuer in Wäldern anzusetzen und dadurch Waldbestände gefährdet oder in einigen Fällen sogar vernichtet haben. Ganz abgesehen davon, daß Feuerangründen im Walde strafbar ist, und daß außerdem der Täter oder seine Angehörigen für allen durch einen Waldbrand entstandenen Schaden haftbar gemacht werden, muß in allen an Wanderungen beteiligten Kreisen noch mehr Verständnis dafür geweckt werden, daß durch fahrlässiges Verhalten dem Volkvermögen schwerer Schaden zugefügt wird.

Wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ mitteilt, ersucht daher der Minister für Volkswohlfahrt die Behörden, die Jugendpfleger, Lehrer, Schulvorstände, Schulleiter, Vereinsleiter und andere leitende Persönlichkeiten anzuhaltend, daß von ihnen im Unterricht und bei Wanderführer-Lehrgängen regelmäßig darauf hingewiesen wird, daß die jugendlichen Wanderer beim Feuermachen in der Nähe eines Waldes äußerster Vorsicht bedürftig sind und auch sonst alle behördlichen Anordnungen bei ihren Wanderungen peinlichst zu befolgen haben.

Kreis Wanzleben.

Groß-Otterleben. Das Turn- und Sportfest der Freien Turner Wanzleben am Sonnabend und Sonntag wird sehr imponant werden. Über 200 Leichtathleten sind gemeldet, darunter Wettkämpfer von der Olympia in Frankfurt. Auch aus dem Kreise werden die besten vertreten sein. Es wird also sehr interessant und abwechslungsreich werden. Wanzleben hat auch gute Sportler und Sportlerinnen, die sich bei allen großen Sportfesten bis zum Einbruch durchgehenden haben. In den Wett- und Stafettenläufen werden die härtesten Kämpfe ausgetragen werden. Auch Sprung- und Wurfgewerke werden spannende Kämpfe abgeben. Es werden auch Gemeinschaftsübungen der Turnerinnen, Turner, Schülerinnen und Schüler vorgeführt, den Schluß bildet ein Fußballspiel mit Sturm 07, einer spieltätigen Mannschaft. Die Veranstaltung am Sonnabend wird durch einen Sternlauf zur Höhe eröffnet werden. 40 Gruppenstellungen und das Massen-Planenstehen werden eine große Wirkung ausüben. Den Abschluß am Sonnabend bildet ein großes Brautfeuerwerk. Die auswärtigen Teilnehmer und die gesamte Einwohnerschaft sind zum Sporttag herzlich willkommen. So weit Vereine keine Einladung erhalten haben, aber gewillt sind, mit ihren Sportlern an den Wettkämpfen teilzunehmen, müssen sie die Meldungen bis zum Donnerstag einreichen.

Guckhorn. Parteiverein. Unsere Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Der Vorsitzende wies auf die Tätigkeit der Partei hin, dann gab Genosse R. Kunze den Bericht vom Bezirksparteitag. Die Genossin Berner berichtete von der Frauenkonferenz, ebenso Genossin Decker. Es entwickelte sich eine rege Aussprache. Genosse W. Engel sprach über den Wert der Volksfürsorge. Der Vorsitzende verlangte von allen Anwesenden, mitzuhelfen an der Stärkung der Partei. In jeder Arbeiterwohnung gehört die Volksstimme. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Kreis Jerichow 1.

Gommern. Arbeiterwohlfahrt und Kinderfest. Am Freitag waren Delegierte der Partei, der Frauengruppe, vom Ortsausschuss der Gewerkschaften, vom Zentralverband der Witwen und Invaliden vom Reichsbund der Kriegesbeschädigten, Reichsbanner, Arbeiterpartei und Jugendbund beiseite. Nach einem Vortrag des Genossen Hensel wurde beschlossen, das Kinderfest am Sonntag den 30. August auf dem Spielplatz an der Plöthner Chaussee abzuhalten. Zu den Kosten tragen alle Vereine anteilig bei. Außerdem ist für Kinder eine Teilnehmerkarte von 15 Pfennig zu entnehmen, die Erwachsenen haben 20 Pfennig zu entrichten. Das Kinderfest wird am Sonnabend durch einen großen Fackelzug eingeleitet. Das Reichsbannerkorps und Musikmeister Schmidt übernehmen die Marschmusik. Am Sonntag früh ist Beden, nachmittags 1 Uhr Antreten auf dem Brauhausplatz, dort werden Schleifen verteilt. Dann Anmarsch durch Gommern zum Spielplatz mit der Reichsbannerkapelle. Auf dem Spielplatz werden die Knaben- und Mädchentreuen der Arbeiterjugend mit allerlei Vorführungen aufwarten. Der Arbeiterjugendbund wird durch Volkstänze die Feier verschönern. Auch die Arbeiter-Kinderfreunde von Magdeburg wurden gewonnen. Auch an das leibliche Wohl ist gedacht worden. Unentgeltlich wird Kaffee und Kuchen verteilt. Außerdem werden Würstchen und Süßigkeiten an die Kleinen verteilt. Es wird mit einer Teilnehmerzahl von 500 bis 600 Kindern gerechnet. Es muß jetzt schon rege Propaganda gemacht werden. Am Abend wird ein Vergnügen für Erwachsene im Schmidtschen Saale abgehalten. Die Arbeiterwohlfahrt hat es sich zur Pflicht gemacht, an einem Sonntagmorgen den alten erwerbsunfähigen Invaliden, Witwen und Unterstützungsempfänger einige frohe Stunden zu bereiten. Die Parteien zum Kinderfest werden im Vorverkauf abgegeben. Meldungen nehmen die Vorsitzenden der Organisationen entgegen.

Stadtkreis Burg.

Der nationalistische Rummel, verbunden mit Karnevalsumzug ist zu Ende. Schwarzweizer Monarchisten haben weihen und alle angelegentlich unpolitischen Verbände vertreten. Immerhin hat sich die große Mehrzahl der Bürgerschaft nicht getraut, schwarzweizer zu schlagen.

Kreis Halbe.

Frosche. Strandleben. Der Elbestrand erhebt hier für die, die sich keine Wabereise zur Ost- oder Nordsee leisten, den Strand. Es ist eine wahre Erholung, nach des Tages Kopf und Hände sich in den Fluten zu tummeln, oder ein Sonnenbad am Strande zu nehmen. Wer einen schattigen Platz sucht, findet auch diesen unter den Weiden, leider sind die Stellen durch Ab-

wässer so bereinigt, daß ein Aufenthalt unmöglich ist. Die Einwohner von Frosche wären der Wehrde dankbar, wenn hier die Polizei Abhäre schaffen würde. — Grniefe. Am Sonnabend brachten die Landarbeiter der Güterverwaltung Allendorf mit kinnendem Spiele den Erntekranz heim. Am Sonnabend findet der übliche Erntedank in der „Grünen Tanne“ statt.

Schönebeck. Ein „gemeinnütziger“ Verein. Wie der neu gegründete gemeinnützige Bauverein, in welchem die Herren Dreher und Watermann maßgebend sind, den Begriff Gemeinnützigkeit auffaßt, zeigte an Beispielen Genosse Hartung in der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Der alte Bau- und Sparverein wollte einen Kredit von 35 000 Mark aufnehmen und meldete dies bei den Regierungstellen an; es verging eine lange Zeit, ohne daß der Bau- und Sparverein etwas von seinem Antrag hörte. Inzwischen war auch Herr Dreher nicht mehr Vorstandsmitglied im alten Verein. Der Bau- und Sparverein meldete die 35 000 Mark an und der Zufall wollte es, daß von der Magdeburger Regierung gleichzeitig eine Abbestellung der 35 000 Mark zusammen mit der Annahme des Betrags in Berlin eintraf. Genosse Hartung stellte fest, daß Dreher diese Abbestellung gemacht hatte, ohne dazu berechtigt zu sein, denn er war gar nicht mehr Vorstandsmitglied. Der Bau- und Sparverein bereitete denn auch den Kredit und bekam seine 35 000 Mark trotz der Nachschaffung des Herrn Dreher. Ein anderer Fall spielte sich zwischen dem Bau- und Sparverein und der Firma Werf, Böttcherstraße, ab. Die Firma hatte sich durch Verhandlungen bereit erklärt, 35 000 Mark zu etwa 5 Prozent herzugeben. Der Bau- und Sparverein konnte sieben Wohnungen dafür bauen und die Miete wäre dafür noch erträglich gewesen. Aber die Wände haben Ohren, und so kam auch der „gemeinnützige“ Bauverein dahinter und bot der Firma an, für 28 000 Mark dieselben Wohnungen herzustellen, man würde das Geld mit 8 Prozent verzinsen. Diese höhere Verzinsung bedeutet natürlich eine starke Verteuerung der Wohnungsmieten. Die Gemeinnützigkeit des neuen Vereins besteht aber darin, dem altbewährten Bau- und Sparverein in den Rücken zu fallen, und dann die Mieter für diese Schikane bluten zu lassen. Das nennt man also Gemeinnützigkeit. Die Zerpfitterungsarbeit des neuen Vereins wird dem alten Bau- und Sparverein nicht den Garaus machen. Feiner denn je sieht dieser altbewährte Verein da, und wenn nicht die Aussperrung der Bauarbeiter durch die Unternehmer erfolgt wäre, so hätte die 107. Wohnung fertiggestellt werden können. Den großen Erfolgen des alten Bau- und Sparvereins kann niemand seine Anerkennung versagen, wenn er unvoreingenommen urteilt. Nicht Zerpfitterung, sondern Zusammenfassung aller Kräfte führen zum Ziel.

Stahlfurt. Der große Stahlfurtummel ist vorüber, ohne das gebracht zu haben, was seine Veranstalter und auch andere Leute erwartet haben, trotz der Erzählungen, trotz der kostspieligen Reklame, trotz des sanften Drucks, der teilweise angewendet ist, trotz der im Stile des billigen Jakobus erfolgten Anpreisung: „Immer heran, mein Herrschaften!“ Für 75 Pfennig gibt es Festabzeichen, Mittagessen und Freiquartier, und trotzdem gibt es Festabzeichen, Mittagessen und Freiquartier, und trotzdem die Leute wie der Domänenpächter Bennede in Athenleben den Arbeitern je 3 Mark für den Festtag spendiert haben. Der Häuferschnud war nur in den beiden Hauptgeschäftstraßen von Bedeutung, in den Nebenstraßen und insbesondere in dem weitaus größten Stadtteil links der Bode nur hier und da eine einzelne schwarzweizerische Fahne, die sich zu schämen schien, weil sie weithin keine Kreundin fand. Der Fackelzug war sehr mäßig, die Illumination ganz kläglich, nicht einmal die „Mitteldeutsche Presse“ hatte sich zu ein paar Kämpchen aufschwingen können. Herr Fackelrotz liegen wohl die letzten 1000 Mark zu schwer in den Gliedern. Der Hauptfest, der große Umzug, der 5- bis 6000 Mann aufweisen sollte, schrumpfte auf 2500 bis 2600 Mann (wohlgeahnt) zusammen, unterteilt also den Festtag des Reichsbannerfestes um rund 1000 Mann, den er doch weit überflügeln sollte. Aber waren aber im Stahlfurt alle geistesverwandten Organisationen sowie sämtliche Kriegervereine, selbst der Müllerische Gesangverein im Gehrock und Phlinder mit aufmarschiert. Interessant und spaßhaft, zugleich aber auch ein Sinnbild des Stahlfurts war der Umstand, daß dem Juge voranschritt der Tambourmajor Schent in der Uniform des ehemaligen 1. Gardegrenadierregiments mit der hohen Mütze aus der Zeit des Alten Fries. Auch der große Schellenbaum des Garderegiments wurde von einer Musikavalle zwar mitgeführt, aber nicht gespielt, da sich kein Sachkundiger fand. Hauptredner des Festes war Pastor Eggbrecht, der an einer Stelle sagte, daß die Helven von 1870/71 sich nicht für die Klassenherrschaft der Diktatur eines Volksteils geopfert haben. Ein scharfer Seitenhieb gegen die jebige Klassenherrschaft des Kapitals — oder hat er es anders gemeint? Herr Günther, der Führer der hiesigen Ortsgruppe des Stahlfurts, sagte darüber, daß die Ortsgruppe bei ihrer Gründung einen schweren Kampf gegen den Terror habe führen müssen. Das ist doch mindestens eine sehr starke Uebertreibung. Vielmehr hat doch der Stahlfurt in ganz Deutschland sich allerlei Terrorismus zuschulden kommen lassen und auch hier versucht, und wenn ihm seine terroristischen Absichten geblüht wären, wie sähe es dann wohl in Deutschland aus? Andre Redner schlugen einen recht heberischen Ton an, und der General v. Malafowski ist noch so unwillig, daß er das Märchen vom Dolchstoß der Heimat aufsticht. Bürgermeister Gruppe dagegen nannte es in seiner bekannten unbestimmten Offenheit Wöhhim, vom Stahlfurt als einem reaktionären Prätorianertum zu sprechen, das in Kürze einen neuen Krieg vom Zaune brechen wolle. So vergnügungsfähig seien die Kameraden nicht, da sie den Krieg zur Genüge kennengelernt haben. Obwohl die Staatsform nicht gleichgültig sei, komme sie doch erst in zweiter Linie. Wir fürchten, Herr Gruppe hat den „Stahlfurt“ noch nicht richtig erfasst. Zusammenhänge sind nicht bekanntgegeben. Die Festteilnehmer hatten strenge Weisung, sich korrekt zu betragen. Alles in allem: der Erfolg war mäßig und hat keineswegs den Erwartungen entsprochen. Eine Hochburg des Stahlfurts wird Stahlfurt nicht.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Neuhaldensleben. Stadtverordneten-Sitzung am Mittwoch den 12. August, abends 6 Uhr, im Rathausaal mit wichtiger Tagesordnung, u. a. Stellungnahme zu den Preberichteten über die Erklärungen des Landrats zu dem Beschluß der Stadtverordneten-Sitzung vom 24. Juni wegen Aenderung des Statuts der Kreis- und Stadtparitätie. Die Sitzung verläuft sehr interessant zu werden; den Genossen und Genossinnen ist der Besuch zu empfehlen.

Stadtkreis Ufersleben.

Ufersleben. Das neuerichtete Freibad im Einetel hat eine Erweiterung erfahren. Es sind weitere Kabinen zum Aus- und Ankleiden geschaffen worden usw. Die nächste Stadtverordneten-Versammlung soll 5000 Mark dafür bewilligen. — Der Bahnhofswirt und die Verfassungsfreier. Zur Verfassungsfreier am letzten Sonntag auf dem Bahnhofsplatz wurde ein Tisch oder Stuhl für den Redner gebraucht. Weder der Bahnhofswirt noch der Redner Vormann waren dazu zu bewegen, behilflich zu sein und einen solchen herzugeben. Ersterer meinte, die Sachen gehörten dem Bahnhofs. Wir sind aber schon so weit gekommen, daß nicht einmal Gegenstände, die im wesentlichen dem Staate gehören, zu einer Verfassungsfreier zu haben sind.

Ulmars.

Stendal. Die Stadtverordneten-Sitzung erfuhr wegen der Hitze eine schnelle Abwicklung. Nach Einführung der Stadtbl. Schulz (Konnt.) für Möntenthin und Donnz (bürgerl.) für Krone gab der Vorsteher bekannt, daß auf Beschluß der amtlichen Körperschaften eine öffentliche amtliche Verfassungsfreier in der Aula des Gymnasiums abgehalten wird. Wir hätten uns nicht gemundert, wenn die Bekanntgabe der amtlichen Freier nicht einen Tag vor, sondern nach der Veranstaltung erfolgt wäre. Der Gaus-

Wasserwerk... hat plan des Wasserwerks... ein kleines Intermezzo hervor, da einerseits die Einführung von Messermetern, andererseits die Umlegung der Kosten auf den Wasserpreis für die aufzustellenden Messer als das richtige bezeichnet wurde. 3000 Mark für Legung der Wasserleitung in die Häuser des Bundes der Kinderreichen in der Pergstraße wurden bewilligt. Der Bau einer Straßen- und Kleinbahnbrücke bei Damernten wurde in längerer Debatte erörtert. Das für und wider des Baues und die Höhe der Kosten wurden besprochen. Das Projekt soll an die höheren Instanzen weitergeleitet werden. Verhafte Auseinandersetzung erfuhr noch die Überlassung von Gangeleude an die Altmärkischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes. Das Gebäude will man dort erbauen, wo Stendal zurzeit den einzigen Rinderstallplatz hat. Gibt es wirklich keinen andern Bauplatz? —

Stendal. Wasser hat keine Balken. Am Sonntag kam Genosse Treumann beim Baden unweit Storkau in die Gefahr des Ertrinkens. Er verlor plötzlich den Boden unter den Füßen. Zwei beherzte Männer, die herzuwühlten, zogen ihn heraus und stellten Wiederbelebungsvorkehrungen an, die von Erfolg waren. —

Weserlingen. Moderne Ruinen. Die chemische Fabrik Walbed, welche bis zum Stillstand der Metallindustrie in unserer Umgebung Hunderten von fleißigen Menschen Arbeit und Brot gab, bietet jetzt einen trübsamen Anblick. Die Maschinen und Apparate sind zum größten Teile schon entfernt und abtransportiert. Die großen Hallen sind dem Erdboden gleichgemacht und die großen Mühlröhre sind verschwunden. Nur die massiven Gebäude stehen noch. Die hohen Fabrikschloten, aus denen ehemals lange Rauchfahnen emporzogen, sind verfallen. Arbeit und Brot fehlen. Kapitalistischer Wirtschaftskreislauf. — Sindige Mäße haben sich im nahen Graßleben gefunden, die im September eine große Gewerbe- und landwirtschaftliche Ausstellung, verbunden mit einem Herbstfest, veranstalten wollen. Man macht die Interessenten mobil, ob aber bei der Geldknappheit das Projekt durchzuführen sein wird, bleibt abzuwarten. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ehemer. Versammlungsfeier Sonnabend abend 7 Uhr bei Gastwirt Schmidt unter Mitwirkung der Arbeiterpartei. Die gesamte Einwohnerschaft und die Kameraden aus Möbitz werden um Teilnahme an dieser Veranstaltung gebeten. —

Kleine Chronik.

Im Labrinth verirrt. Drei unternehmungslustige junge Leute machten, mit Lichtern zur Verhütung, eine Erkundungsfahrt in die bei Halberstadt gelegene, wegen ihrer vermorenen Gänge gefährliche Gänge Höhle. Nach mehrstündigem Umlerren verirrten sie sich und konnten den Ausgang nicht wiederfinden. Die Eltern, die am Abend ihre Söhne vermisten, veranlaßten eine Rettungsaktion, nach den Vermissten zu suchen. Nach mehrstündigem Mühen wurden die Verirrten in der Nacht in einem Seitengang verortet, halb verhungert und frierend aufgefunden. —

Karussellsturz in Berlin. Am Sonntag abend brach auf dem Rummelpfad in der Parkstraße in Berlin während der Fahrt plötzlich ein Teil des Karussells des Schauhalters Runge zusammen und stürzte 1½ Meter auf den Platz. Von den in diesem Teile des Karussells befindlichen Personen wurden acht verletzt. Sie erhielten auf der nächsten Rettungsstelle einen Notverband, konnten dann aber ihre Wohnung aufsuchen. —

Der Typhus in Hanau. Die zurzeit in Hanau herrschende Typhus-Epidemie ist im Fortschreiten begriffen. Die Zahl der Erkrankungen steigerte sich weiterhin. Bis jetzt liegen über 50 Erkrankungen vor. Während zum Teile die Art der Erkrankungen leichter Natur ist, ist auch eine Anzahl schwerer Erkrankungen zu verzeichnen. Wieder sind dieser Typhusfälle drei Personen zum Tode gefallen. Weitere Personen befinden sich in Lebensgefahr. Nach der amtlichen Untersuchung ist anzunehmen, daß der Herd der Erkrankungen in der Hanauer Volkseisenwerkstatt zu suchen ist, die jetzt geschlossen wurde. —

Wann aus Liebe Haß wird. Feuer zu sehen kam dem Kaufmann Alexander Witterer ein Liebesverhältnis mit einer Barbine. Einmal Abends lernte er diese kennen, was sich späterhin einige Male und wollte endlich mit ihr zusammen eine Reise nach Berchtesgaden unternehmen. Am Abreisetage jedoch sollte seine Freundin als Hauptbelegungsgegenstand in einem Gerichtstermin auftreten. „Ich was“, sagte Witterer, „da brauchst du nicht hin, das werde ich schon regeln!“ Und er schrieb an das Gericht in Form einer eidesstattlichen Versicherung, daß seine Freundin sich bereits seit einer Woche in Berchtesgaden befindet und aus diesem Grunde nicht kommen könne. Dann fuhr er beide ab. Aber während der Zeit, da sie fern vom Gerichtsaal in Bayern weilten, kam es zwischen ihnen zu einem ernstlichen Zerwürfnis. Witterer trennte sich von seiner Freundin und verbrachte noch zwei Wochen in München. Sie kehrte sofort nach Berlin zurück. Als Witterer schließlich ebenfalls hier eintraf, hatte seine eine übliche Liebesnachtung: auf seinem Schreibtisch lag eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft, die ihm von der Einleitung eines Strafverfahrens gegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung Kenntnis gab. Seine einzige Freundin hatte ihn zur Anzeige gebracht. Witterer erhielt fünf Monate Gefängnis. —

Leichenfund im Gebirge. Im Zentragebirge wurden auf schneebedeckter Höhe die Leichen dreier Touristen aufgefunden. Die wahrscheinlich dem Unfall, der vor einigen Tagen im Zentragebirge wüsten, zum Opfer gefallen sind. In dem einen der Leichen wurde der Oberarmknochen zerbrochen aus Wunden erkannt, in dem andern sein Hinterkopf. Die Leichen der dritten Leiche sind noch nicht ermittelt. —

Kindermord bracht es an den Tag. Vor einem Jahre verjährt in der kleinen Ortschaft Gernsdorf in der Provinz Pommern der alte Bauer Franz Sulek. Der Sohn überging kurz nach dem Verschwinden der Leiche einen Brief, in dem angeblich der verjährtene Bauer mitteilte, er sei gesund, lebe oder in seine Ortschaft nicht mehr zurück. Auf Grund dieses Briefes wurde die eingeleitete Untersuchung nach eingeleitet. In der vorigen Woche trafen nun Kinder auf der Höhe, unter ihnen war auch die fünfjährige Tochter des verjährteten Bauers. Es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf das kleine Mädchen ihre Freundin anstieß. Wenn da es nicht möglich, wie ich es will, kann werde ich dich so schlagen, wie mein Vater den Großvater geschlagen hat und dann wird es gleich mit dir zu Ende sein.“ Das Kind wurde näher ausgefragt und erzählte, ihr Vater und ihr Onkel hätten den Großvater erschlagen und auf einer Höhe begraben, auf der damals der Brief geschrieben habe. Die Genauerheiten beschrieb den Vater und den Onkel des Kindes, die ihre Tat auch eingestanden. Sie bezeichneten auch die Dorfstraße, auf der man den Leichnam des Toten hätte sehen kann. Die Kinder erklärten, sie hätten den Mord begangen, um sich in den Besitz der Grundstücke ihres Vaters zu setzen. —

Leichenfund nach einem Feuer. In Gernsdorf in Pommern lag die alte Leiche des Bauers von Gernsdorf. Die Leiche wurde nach dem Feuer gefunden und man einen verfallenen Leichnam. Sollte es sich um einen Leichnam handeln, der nach dem Feuer, aber es liegt ein Verdacht vor, dessen Spur nach der Leiche verfolgt werden sollte. —

Bergwerk in England. In einem Bergwerk in Yorkshire (England) wurde ein Arbeiter, der sich in einem Bergwerk befand, durch die Luft der Bergwerk verdrängt worden. Sein Leichnam wurde nach dem Bergwerk gefunden. —

Ein noch nicht beigelegener Stierkampf. In Belgien wurde ein Flugzeug mit sechs Passagieren insolge eines Motorfehlers auf einer Wiese notlanden, auf der eine Herde Rindvieh weidete. Der Stier nahm anscheinend Anstoß an dem Geräusch des Motors und stürzte sich auf das Flugzeug, sehr zum Schrecken der Fahrgäste, die sich jedoch heil aus der Sache ziehen konnten. In dem Kampfe zwischen dem Stier und dem Niesenvogel trug zwar der Stier einige böse Wunden davon, aber er blieb Sieger, und das Flugzeug wird sich nie wieder in die Lüfte erheben. —

Schweres Bootunglück in Litauen. Auf dem Stinarer See bei Aitona (Litauen) ereignete sich ein entsetzliches Unglück. Ein Boot mit acht Personen wurde durch einen Windstoß umgeworfen, und alle Insassen fielen ins Wasser. Es spielten sich schreckliche Szenen ab, da die Verunglückten sich an das Boot anklammerten und unausgesetzt nach Hilfe riefen. Den Bewohnern eines nahegelegenen Dorfes war es nicht möglich, Hilfe zu bringen, da kein Boot vorhanden war. Von den acht Personen ertranken sechs, während nur zwei gerettet werden konnten. Die Ertrunkenen waren auf der Heimfahrt von der Kirche begraben. —

Doppelmord bei Breslau.

Die Villenkolonie Bischofswalde bei Breslau ist der Schauplatz eines graufigen Verbrechens geworden, das die schließliche Hauptstadt völlig in Atem hält. In diesem Villenort bewohnte der 63jährige unverheiratete Direktor des Botanischen Instituts der Universität Breslau, Professor Dr. Rosen, der Bruder des ehemaligen Außenministers, ein Landhaus. Der Wirt wurde von ihm von einer etwa 50jährigen Wirtschaftlerin namens Neumann geführt, ferner gehörten zur Hausgemeinschaft der 50jährige Schuhmacher August Stod, der den Posten des Hausmeisters versah, dessen Sohn und Schwiegertochter, ein Dienstmädchen, sowie endlich die verheiratete Adoptivtochter des Professors, Frau Standtke, die ein uneheliches Kind der Wirtschaftlerin Neumann ist.

Zu der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag war das Ehepaar Standtke nach Ostpreußen abgereist und von dem Professor an die Bahn geleitet worden. Am 10 Uhr gingen Professor Rosen und sein Hausmeister Stod, nachdem sie zuvor noch ein Gasthaus aufgesucht hatten, schlafen. Das junge Ehepaar Stod, das an einer Vereinsfeier teilnahm, kehrte um 1 Uhr nachts heim und bemerkte zu seiner größten Ueberraschung große Unordnung im Hause. Der junge Stod vermutete zunächst einen Einbruch und da es sehr dunkel war, übernahm er die im Bett liegende Leiche seines Vaters.

Er glaubte ihn noch im Wohnzimmer und ging, ihn dort abzuholen. Da das Lokal aber schon leer war, suchte das Ehepaar ein paar Vereinsfreunde zusammen und veranlaßte diese, gemeinsam mit ihnen nach der Neumannschen Villa mitzukommen. Dort entdeckten sie zunächst die Leiche des Schuhmachers Stod im Bett. Man benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei. Die Untersuchung in der Villa ergab, daß nicht nur der Schuhmacher und Hausmeister Stod, sondern auch der Hausherr, Prof. Dr. Rosen ermordet worden war. Stod lag mit entblößtem Unterkörper und zugedecktem Kopf im Bett. Sein Schädel wies

sieben furchtbare Hammerschläge

auf, die ihn zweifelsohne im Schlaf getötet haben müssen. Prof. Rosen fand man dagegen halb aufgerichtet, den rechten Arm in die Brust gesteckt, den linken zur Abwehr hochgehoben, auf. Im linken Rückenriegen des Professors befindet sich eine Schußwunde. Er ist zweifellos in dem Augenblick erschossen worden, als er auf ein Geräusch hin nachsehen wollte, was im Hause vorging. Zunächst glaubte man, daß auch die Haushälterin Neumann ermordet worden sei. Trotz allen Suchens war sie im Hause nicht zu finden, erschien aber plötzlich nur notdürftig bekleidet aus einem im Hofe gelegenen Mannschuppen.

Sie gab bisher folgendes zu Protokoll: „Gegen 1 Uhr nachts wurde heftig an meine Pluritur geklopft und gerufen: 'Machen Sie auf, hier ist die Polizei, Sie haben die Steuern nicht bezahlt!' Darauf erwiderte ich ängstlich: 'Wenden Sie sich an den Herr X. unten!' Ich hörte nun, wie die Scheiben unten eingedrückt wurden, sprang rasch aus dem Bett, kleidete mich etwas an und fertigte mit fliegender Hast aus Bettlaken und Gardinen ein Seil an, um mich vom Fenster herunterzulassen. Dann stieg ich aufs Fensterbrett und begann herunterzuklettern. Auf halber Strecke riß das Seil, und ich stürzte nach unten. Auf dem Boden angekommen, kroch ich in den Kaninchenstall, um mich verborgen zu halten und nicht von den Eindringern entdeckt zu werden.“

Heber die Motive zur graufigen Tat herrscht noch völliges Dunkel. Es steht fest, daß im Hause nichts geraubt wurde. Daß der Schuhmacher und der Professor einen gemeinsamen Feind gehabt hätten, ist nicht anzunehmen. Daß jeder der beiden einen Feind gehabt hat, der den gleichen Augenblick zur Tat wählte, ist noch weniger wahrscheinlich. Auch wurden Fuß- oder Fingerabdrücke nirgends ermittelt. Es laßt sich

der Verdacht auf Fräulein Neumann,

die in Untersuchungshaft genommen wurde, Verdächtig ist, daß die Neumann nicht um Hilfe rief, daß sie, als sie glücklich entkommen war, sich ausgeredet in den Kaninchenstall versteckte und keine Hilfe herbeifolte, obwohl sie keineswegs eine Verbrecherin und jämmerliche Person ist. Dazu kommt, daß die Adoptivtochter des Professors Rosen ein uneheliches Kind der Hausdame ist und es ist daher keineswegs von der Hand zu weisen, daß das Motiv zu der Schreckentat in einer Erbchaftsspekulation der Neumann zu suchen ist. Hierfür deutet insbesondere der Umstand hin, daß Professor Rosen dem Vernehmen nach kein Testament, das ursprünglich ganz zugunsten der Adoptivtochter Standtke abgefaßt war, neuerdings wieder abzuändern erwirkelt war. Die Tat könnte sich somit daraus erklären, daß die Neumann verjährt, unter allen Umständen ihrer Tochter die volle Erbchaft zu sichern. Wie weit sie auch auf eine eheliche Verbindung mit Professor Rosen gehofft hat und diese Hoffnung dann scheitern sah, kann erst der weitere Gang der Untersuchung ergeben. Trotzdem anzunehmen ist, daß die Neumann als Täterin ernstlich in Frage kommt, muß

doch mit ziemlicher Sicherheit darauf gerechnet werden, daß sie bei der graufigen Tat einen oder mehrere Helfer gehabt hat, denn die sieben Hammerschläge auf den Kopf des alten Stod sind mit solcher Wucht geführt, daß sie einer Frau kaum zuzutrauen sind.

Mit Professor Dr. Felix Rosen scheidet einer der namhaftesten Gelehrten der Breslauer Universität aus dem Leben, ein Wissenschaftler von internationalem Ruf, der sich durch zahlreiche wissenschaftliche Werke in Fachkreisen einen bedeutenden Namen erworben hat. Außerdem war Professor Rosen der Schöpfer besonders geschmackvoller Gartenanlagen Breslaus.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Ende der Krise in der Freidenkerbewegung. Am 1. und 2. August fand in Leipzig die außerordentliche Hauptversammlung der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ statt und beendete eine seit Mai bestehende Krise. Am 24. Mai hatte die nach der Hauptversammlung höchste Instanz, die Reichszentrale, mit 17 gegen 3 Stimmen den damaligen Hauptvorstand zur Niederlegung der Ämter aufgefordert und, als fünf von neun Hauptvorstandsmitgliedern die Sitzung verließen, einen neuen provisorischen Hauptvorstand gewählt. Verständigungsversuche übertraten, und am 1. und 2. August tagte die durch drei Viertel der Landesgebiete einberufene außerordentliche Hauptversammlung. Unter notarieller Beglaubigung der Unterschriften erfolgte zunächst die Legitimierung der Hauptversammlung. Die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse der Reichszentrale vom 24. Mai wurde anerkannt und die von der Reichszentrale am 22. Februar gegründete „Freidenker-Verlags-G. m. b. H.“ für aufgelöst erklärt. Ferner wurden die sechs spaltenden Mitglieder des alten Hauptvorstandes ausgeschlossen, und zwar einstimmig. Die Verjämmerung beschloß eine neue Satzung, führte Neuwahlen aus (als 1. Vorsitzender wurde Genosse Fritz Simonis, als 2. Vorsitzender wurde Genosse Friedrich Meber (Leipzig) gewählt, und beschloß für die Gemeinschaft proletarischer Freidenker die Form des eingetragenen Vereins anzunehmen. Das bisherige Aktionsprogramm wurde einstimmig dahin geändert, „die Gemeinschaft proletarischer Freidenker ist eine auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Kulturorganisation, die im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung die weltanschauliche Seite des Sozialismus pflegt. Sie ist der „Internationalen proletarischer Freidenker“ angegeschlossen.“ Als Sitz der Zentrale wurde Leipzig gewählt. Es wurde der allgemeine Wunsch geäußert, eine Einheitsorganisation aller proletarischer Freidenker zu schaffen, d. h. eine Vereinigung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker mit den beiden Feuerbeistattungsstellen. Beschlossen wurde, zu den russischen Freidenkern eine Delegation zu senden. Ueber die proletarische Freidenker-Internationale wurde ausführlich von dem Genossen Wolf (Leipzig) berichtet. —

Volksport.

Das „Verbrechen“ des deutschen Turners.

Aus Lehrberg (Fahren) erhalten wir folgende Zuschrift: Wie man die „politische Neutralität“ in den bürgerlichen Sportvereinen auffaßt, beweist folgendes Schreiben, das der Vorstand des hiesigen Deutschen Turnvereins erhielt:

Trotz wiederholter Warnung, als Vorstand des Deutschen Turnvereins die Politik aus dem Spiele zu lassen, haben Sie es, wie es uns scheint, am letzten Wahltage gerade zum Trug noch ärger und öffentlicher getrieben, als zuvor. Wir, die Unrechtsgegnern, sind der Meinung, als Vorstand des Deutschen Turnvereins muß man sich öffentlich aller Politik enthalten. Wenn Sie das wahre Interesse hätten, den Turnverein in die Höhe zu bringen, würden Sie so etwas, wie im letzten Wahltage, überhaupt nicht tun. Bedenken Sie doch, wie es in anderen deutschen Turnvereinen aussieht. Wir mußten es schon oft hören, wä: euer Vorstand nicht so radikal, es würde anders aussehen in euerm Turnverein.

So kann und darf es nun nicht mehr weitergehen!!! —

Möchten Sie also dringend bitten: Nächsten Sonntag abend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen und dort Ihr Amt niederzulegen.

Welchen Grund Sie dort angeben, ist uns egal, einen andern oder diesen hier. Sollten Sie sich zuvor uns gegenüber noch äußern wollen, so kommen Sie am Dienstag abend in die Turnhalle.

Deswegen brauchen Sie aber ja nicht zu denken, daß wir gegen Sie oder gegen die Arbeiterschaft etwas hätten, das ist uns fern, sind ja alles nur Arbeiter; aber wenn ich beim Deutschen Turnverein bin, so muß ich auch den Standpunkt des selben vertreten, wenigstens öffentlich.

Mit treubundlichem Gruß!
Lehrberg, im Mai 1925. (Es folgen sechs Namen.)

Was hat nun der Vorsitzende dieses „deutschen“ Turnvereins verbrochen? Der Mann ist Maurer und hat bei der Reichspräsidentenwahl die Plakate der republikanischen Wähler, die vorher von Hakenkreuzlern abgerissen wurden, wieder erneuert. In der darauffolgenden Versammlung wurde er seines Postens enthoben. Dieses Beispiel beleuchtet trotz die politische Verworfenheit in den Reihen der sogenannten Deutschen Turnerschaft. Wer es mag, öffentlich seine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen, fliegt! Das heißt, wenn er Republikaner ist! Wir können nur jedem denkenden Arbeiter erneut raten, seinen Sport unter seinen Kameraden im Arbeiter-Turn- und Sportbund auszuüben. Da ist er gleichberechtigt, da gibt keine Meinung, da herrscht Solidarität! —

Bereins-Kalender.

Wird nun gegen Vorabstimmung, die Seite 30 Goldpfennige aufgenommen. Burg. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Eintreten zum Fackelzug Dienstag 7 1/2 Uhr vor Instofat Krause. Sämtliche Sonderschaffter haben zu erst einen Burg. Sängerkorps. Heute Dienstag abend 8 Uhr Uetungsfunde im Lokum.



Vom Kampfrekord zum Massensport.

Ein für jeden Sportler unverzichtbares Buch. 12 Abbildungen. Preis 1.00 Mark

Sie haben in der Buchhandlung Volksstimme

Unsere neueste Schöpfung!

TIVOLI

volles Format
mildes Aroma

43

A-M. ECKSTEIN & SÜHNE - DRESDEN 9888